

# POLITISCHE STUDIEN 500

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

72. Jahrgang | November-Dezember 2021 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

## JUBILÄUMSAUSGABE



/// Im Zeitgespräch: Florian Herrmann zu seinen Aufgaben und aktuellen Zeitfragen – S. 6

/// Peter Fahrenholz: Zwischen Fake News und Hassbotschaften – S. 35

/// Gerhard Hirscher: Wechselstimmung und dynamische Volatilität – S. 41

[www.hss.de](http://www.hss.de)



„Bleiben Sie uns **WEITERHIN** gewogen.

## FREUDE UND DANKBARKEIT

Sehr verehrte Leserinnen, sehr verehrte Leser,

mit diesem Heft halten Sie die 500. Ausgabe der Politischen Studien in Ihren Händen. Was für ein Jubiläum! Nicht viele Zeitschriften halten so lange durch. Die erste Ausgabe erschien im Dezember 1950. Seitdem entwickeln wir die Hefte stetig weiter – inhaltlich wie layouterisch. Ich erinnere mich noch gut, als wir 2010 in der Redaktion über ein umfassendes Redesign der Politischen Studien diskutierten. Wir wollten das bisherige Outfit aufbrechen, bunter werden und mit Fotos und Bildern das geschriebene Wort auflockern. Nach vielen Arbeitssitzungen und Workshops ging die Geschäftsführung diesen Weg gerne mit. Für mich war das eine sehr aufregende und entscheidende Phase.

Namhafte Persönlichkeiten aus den unterschiedlichen gesellschafts-politischen Bereichen sind immer wieder unserer Bitte nachgekommen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen in unserer Zeitschrift zu publizieren. Deswegen gilt unser ganz besonderer Dank unseren Autorinnen und Autoren. Sie liefern die Inhalte für die von uns vermittelte politische Weiterbildung.

Aber das größte Gut einer Zeitschrift sind Sie, liebe Leserinnen und Leser. Viele von Ihnen halten uns seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten die Treue. Dafür bedanken wir uns herzlichst.

Sind Sie nun gespannt und neugierig auf das, was Sie in unserer Jubiläumsausgabe erwartet: Der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Markus Ferber, MdEP, beschreibt den Werdegang der Politischen Studien, der SZ-Journalist Peter Fahrenholz zeigt die Bedeutung politischer Bildung auf. Und der Bayerische Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, stand uns eine Stunde lang Rede und Antwort zu seinen Aufgaben als Staatskanzleichef und Leiter des Corona-Stabes.

Das Redaktionsteam wünscht Ihnen viel Freude beim Lesen der 500. Ausgabe. Bleiben Sie uns weiterhin gewogen. Das hofft und wünscht sich

*Barbara Fürbeth*

**Barbara Fürbeth**  
Leiterin des Referats Publikationen der Hanns-Seidel-Stiftung, München



06

# INHALT



50

## IM FOKUS

- 18 500 AUSGABEN POLITISCHE STUDIEN**  
Mit dem Flaggschiff auf Erfolgskurs  
**MARKUS FERBER**
- 26 JUBILÄUM POLITISCHE STUDIEN**  
Wir gratulieren...
- 35 ZWISCHEN FAKE NEWS UND HASSBOTSCHAFTEN**  
Warum seriöse Medien für den Zusammenhalt der Gesellschaft unverzichtbar sind  
**PETER FAHRENHOLZ**

## POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 06 „SPARRINGSPARTNER“ IN DER POLITIK**  
Die Bayerische Staatskanzlei als Koordinierungsinstanz der Regierung  
**FLORIAN HERRMANN**

## AKTUELLES BUCH

- 60 WAS IST AUS DEM ARABISCHEN FRÜHLING GEWORDEN?**  
Zehn Jahre später ...  
**FABIAN SCHMIDMEIER**



18



41

## ANALYSEN

- 41 WECHSELSTIMMUNG UND DYNAMISCHE VOLATILITÄT**  
Die Bundestagswahl 2021  
**GERHARD HIRSCHER**
- 50 ARBEITSWELT 4.0**  
Der Weg in die Zukunft der Arbeit  
**ALEXANDER PINKER**

## RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL
- 63 REZENSIONEN
- 69 JAHRESÜBERSICHT
- 74 ANKÜNDIGUNGEN
- 78 IMPRESSUM



/// Die Bayerische Staatskanzlei als Koordinierungsinstanz der Regierung

## „SPARRINGSPARTNER“ IN DER POLITIK

**DR. FLORIAN HERRMANN** /// Er ist Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien und leitet die Bayerische Staatskanzlei. Dr. Florian Herrmann unterstützt damit den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder bei Festlegung und Umsetzung der politischen Linien. Das Redaktionsteam der Politischen Studien hat der promovierte Jurist und CSU-Landtagsabgeordnete in seinem Büro in der Staatskanzlei in München empfangen. Eine Stunde lang spricht er im Interview über seine Aufgaben, Fake News, politische Bildung und seine Tätigkeit als Leiter des Corona-Krisenstabes.

**Politische Studien:** Seit drei Jahren leiten Sie die Bayerische Staatskanzlei und gehören damit zum engsten Beraterstab des Bayerischen Ministerpräsidenten. Das ist eine herausragende und äußerst wichtige Arbeit. Was sind Ihre Aufgaben und Zuständigkeiten?

**Dr. Florian Herrmann:** Die Hauptaufgabe ist, den Ministerpräsidenten bei seiner Arbeit zu unterstützen, ihn dabei – so gut es geht und so eng wie möglich – zu beraten und die Koordinierungsaufgaben zu übernehmen, die innerhalb der Staatsregierung erfor-

/// IM ZEITGESPRÄCH: STAATSMINISTER  
**DR. FLORIAN HERRMANN, MDL**  
ist Leiter der Bayerischen Staatskanzlei  
in München.

derlich sind. Wenn es darüber hinaus zu Zielkonflikten zwischen den unterschiedlichen Ministerien kommt, müssen sie ausgeglichen werden. Außerdem übernimmt die Staatskanzlei die Koordinierung in Richtung Landtag, aber auch in Richtung der beiden Regierungsfractionen. Hinzu kommt, dass ich inhaltlich für die Medienpolitik und die Vertretung des Freistaats im Bundesrat verantwortlich bin.

**Bei dieser Bandbreite: Bleibt da noch freie Zeit übrig?**

Das ist schon eine Aufgabe, die einen voll und ganz in Anspruch nimmt und eine große Verantwortung mit sich bringt. Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik in Bayern; folglich müssen wir in der Staatskanzlei natürlich alle Themen auf dem Schirm haben. Aber es macht auch sehr großen Spaß, in diesem Team dabei sein zu können und den Ministerpräsidenten, so gut wir das können, so gut ich das persönlich kann, bei seiner Arbeit zu unterstützen.

**Gibt es auch Themen, bei denen Sie nicht auf einen grünen Zweig kommen?**

Nein, der Ministerpräsident ist sehr offen und erwartet auch von seinem Umfeld Anregungen und Ideen. Das heißt ja nicht, dass jede Idee, die vortragen wird, auch am Ende umgesetzt wird. Aber ihm sind diese Anregungen, das Mitdenken wichtig. Man ist eine Art Sparringspartner (lacht). Darauf kommt es an und das macht auch großen Spaß.

**Wie oft treffen Sie den Bayerischen Ministerpräsidenten? Gibt es einen Jour Fixe? Oder handhaben Sie das eher auf Zuruf?**

Der Austausch erfolgt im Grunde über alle Wege, die man sich vorstellen kann: also in direkten Gesprächen natürlich in der Staatskanzlei, aber auch sehr viel telefonisch. Der Ministerpräsident hat einen vollen Terminkalender und Bayern ist groß. Er ist somit auch viel unterwegs. Wir tauschen uns je nach Situation aus, da gibt es keinen festen Plan. Aber der Austausch ist sehr intensiv.

**Gibt es keinen Sonntag und keinen Feiertag?**

Doch, doch. (lacht)

”

**Die größte GEFAHR sehe ich in der immer weiter fortschreitenden ‚Blasenbildung‘.**

**Aber Politik ist auch nicht immer eitel Sonnenschein. Was macht Ihnen politisch Angst?**

Neben der Frage, dass man gerade jetzt in Pandemie-Zeiten die richtigen Entscheidungen fällt, sehe ich die größte Gefahr in der immer weiter fortschreitenden „Blasenbildung“. Leider ist es so, dass sich der Diskurs in der Gesellschaft immer stärker auf die jeweiligen Blasen verengt, in denen sich alle gegenseitig auf die Schultern klopfen, sowieso einer Meinung sind und den Wettstreit um die besten Ideen gar nicht mehr suchen. Das empfinde ich zurzeit als die problematischste gesellschaftliche Entwicklung. Es ist eine extreme Zuspitzung, wie man sie in den USA über die vergangenen Jahre erlebt hat und wie es sich bei uns gerade in den Debatten in den sozialen Netzwerken abzeichnet. Diese Entwicklung macht mir Angst, weil sie letztendlich einen vernünftigen demokratischen und intellektuellen Diskurs verhindert. Dem müssen wir entgegenwirken.

**Und wie kann man das schaffen?**

Dem kann man nur durch Bildung entgegenwirken, indem gerade junge Menschen befähigt werden, einen Diskurs zu führen. Aber letztendlich muss man allen Bürgerinnen und Bürgern verständlich machen, dass man sich nicht scheuen sollte, seine eigene

Position zu vertreten. Eine Gesellschaft lebt von der Vielfalt an Meinungen und Ideen – und das ist gut so.

Leider erleben wir zurzeit in vielen Bereichen den Verlust an Vielfalt: beim Artenschutz, in der Natur, aber auch im Bereich der politischen Kultur. Wir brauchen unterschiedliche politische Positionen, wir sollten wegkommen von reinen Mainstream-Diskussionen. Wir müssen verstehen, dass der Kopf erst zu denken anfängt, wenn er auf eine gegensätzliche Meinung stößt. Man wägt mehrere Argumente gegeneinander ab, denkt nach. Diese Art von Debatten- und Diskussionskultur, nämlich dem anderen zuzuhören und nicht nur mit drei Sätzen abzukanzeln, wie das häufig in den sozialen Netzwerken passiert – genau das ist meiner Meinung nach essenziell. Das ist politische Bildung und sie ist so entscheidend wichtig.

**Lassen Sie uns auf die vergangenen drei Jahre zurückblicken. Auf welche Leistungen sind Sie besonders stolz? Auf welche blicken Sie besonders gerne zurück?**

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie ist schon etwas, auf das wir insgesamt als Staatsregierung, aber auch als Gesellschaft stolz sein können. Wir haben dabei viel erreicht und die Menschen in Bayern bisher sehr gut geschützt. Mit unseren Maßnahmen konnten wir laut verschiedener Mo-

”

**Die HAUPTAUFGABE ist, den Ministerpräsidenten bei seiner Arbeit zu unterstützen.**



Staatsminister Florian Herrmann empfing in seinem Büro in der Staatskanzlei in München Susanne Hornberger (Mitte), Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, und Barbara Fürbeth, Referatsleiterin Publikationen.

dellrechnungen 130.000 Menschen davor bewahren, an COVID-19 zu versterben. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung zeigen uns, dass wir richtig gehandelt haben. Wir können froh sein, dass wir die Pandemie in Deutschland und in Bayern durchleben und nicht anderswo. Markus Söder hat mit Entschlossenheit, Vorsicht und Umsicht gehandelt. Wir mussten als Regierung schwerwiegende Entscheidungen treffen. Keiner von uns wäre zum Beispiel je auf die Idee gekommen, dass man die Schulen oder den Einzelhandel schließen muss. Der Ministerpräsident musste

diese Maßnahmen erklären und durchführen und das spricht für seine Entscheidungsstärke. Darauf können wir auch als Bayerische Staatsregierung stolz sein.

**Kommen wir nochmal auf Fake News in den sozialen Netzwerken und sozialen Medien zu sprechen. Die Technik ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass man in Videos Köpfe austauschen kann und keinem fällt das auf. Sind Sie selber schon Opfer von Fake News geworden?**

Nein, ich würde sagen: nein.

”

**Wir mussten als Regierung SCHWERWIEGENDE Entscheidungen treffen.**

”

**Die HANNS-SEIDEL-STIFTUNG erfüllt bei der Wissensvermittlung eine herausragende Funktion.**

**Oder dass Ihnen irgendetwas politisch umgedreht wurde?**

(Denkt nach) Also nichts, was ich wüsste. Jedenfalls nicht im Sinne von bewussten Fake News.

**Wie wichtig ist Ihnen in diesem Zusammenhang politische Bildung? Wer soll die politische Bildung gerade in diesen schwierigen Zeiten übernehmen?**

Politische Bildung ist absolut wichtig. Jede Bürgerin und jeder Bürger sollte die Möglichkeit erhalten, sich umfassend über das eigene politische System zu informieren. Sie sollten sich Wissen darüber aneignen können, wie unser Zusammenleben funktioniert, dass wir eine offene, auf den Werten des Westens basierende Gesellschaft sind sowie Parlamentarismus und Meinungsfreiheit unsere gesellschaftliche Ordnung prägen. Das Wissen um die Gleichheit von Mann und Frau gehört hier selbstverständlich mit dazu. All dies muss jeder Generation immer wieder aufs Neue vermittelt werden. Das beginnt in den Elternhäusern, wird in den Schulen fortgesetzt und findet in einem breiten Maße auch über die durch die politischen Stiftungen vermittelte politische Bildung statt.

Und hierbei erfüllt die Hanns-Seidel-Stiftung eine ganz herausragende Funktion, die sie, wie ich das über die vergangenen Jahre als aktiver Politiker, aber auch als Bürger verfolgt habe, in exzellenter Weise wahrnimmt – hier bei uns und weltweit. Die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Auslandsbüros der Hanns-Seidel-Stiftung leisten beste Arbeit: Ob das jetzt in Brüssel ist, in Moskau, in Washington oder anderswo. Der Austausch und die Gespräche finden auf einem sehr hohen Niveau statt. Und es ist gut, dass es die Politischen Stiftungen gibt.

**In Bezug auf die politische Bildung sind die Eltern und die Schulen gefragt. Wird dabei genügend getan? Von Teenagern hören wir zum Beispiel, dass sie gar nicht so gut über Politik Bescheid wissen. Übrigens geht TikTok, der Kanal der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, interessanterweise immer gegen die AfD an. Wir denken, dass die Schulen noch ein wenig mehr leisten könnten.**

Ich bin generell immer zurückhaltend, wenn man jede neue gesellschaftliche Herausforderung immer als erstes der Schule zuweist. Da bräuchten wir schon Ganztagesunterricht inklusive Samstag und Sonntag,

um alles abzudecken. Aber prinzipiell stimmt es natürlich, dass der Schule eine wichtige Aufgabe zukommt.

In meiner eigenen Erinnerung hat sie diese Aufgabe auch sehr gut bewältigt. In der zwölften oder dreizehnten Jahrgangsstufe hatte ich eine äußerst engagierte Lehrerin in Geschichte und sie führte die „aktuelle Stunde“ ein, in der wir damals tagesaktuelle Themen wie Mauerfall und Wiedervereinigung diskutierten. Für diese Themen habe ich mich schon als Jugendlicher sehr interessiert. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen bereits in ihrer Ausbildung befähigt werden, aktuelle politische Aspekte zu diskutieren. Und: Die politische Diskussion hat meiner Meinung nach durchaus Platz in der Schule. Damit meine ich nicht Parteipolitik im engeren Sinne, sondern das Nachdenken und Diskutieren darüber, wie eine Gesellschaft funktioniert, wie sie sein sollte und was die wichtigsten Aufgaben sind.

**Unser Interview erscheint in der 500. Ausgabe der Politischen Studien. Welchen Stellenwert haben Ihrer Meinung nach Magazine wie die Politischen Studien, die auch politisch Orientierung geben sollen?**

Aus meiner Sicht und in meiner persönlichen Wahrnehmung haben der-

artige Magazine wie die Politischen Studien eine ganz wichtige Funktion, weil sie im Grunde genommen ein zu Papier gebrachter Think Tank sind, in dem zu den unterschiedlichsten und auch tagesaktuellen Themen fachliche Positionierungen zusammengetragen werden. Sie bieten die fachlichen Grundlagen für die Themen, die im Fokus stehen. Und gerade in Pandemie-Zeiten haben wir festgestellt, wie wichtig wissenschaftliche Erkenntnisse sind: in der Naturwissenschaft, aber auch in den Gesellschaftswissenschaften, der Geschichts- oder Politikwissenschaft. Die Themen in den Politischen Studien werden unter verschiedenen Blickwinkeln aufbereitet und dies dient der eigenen politischen Entscheidungsfindung.

**Das bestärkt uns, dass wir mit den Politischen Studien auf einem guten und richtigen Weg sind. Wir wollen zum einen eine wissenschaftliche Fundierung geben, aber auch zusätzlich Beiträge aus der Praxis akquirieren, sodass wir mit dieser Kombination eine möglichst breite Leserschaft ansprechen können.**

Ja, das finde ich sehr gut, denn genau dieses Zusammenwirken ist wichtig. Es nützt mir nichts, wenn der fachlich versierte Soziologe im unverständli-

”

**Magazine wie die POLITISCHEN STUDIEN sind ein zu Papier gebrachter Think-Tank.**



Quelle: Verena Kienast, HSS

**Und wir wollten wissen: Was bleibt gesellschaftlich nach Corona?**

chen Soziologendeutsch schreibt und ich dessen Thesen nicht in eine politische Agenda einbringen kann. Politik kann man nicht aus dem Hörsaal oder aus dem Politologieseminar heraus gestalten – so wie es die Linken gerne versuchen –, sondern muss mit der Lebenswirklichkeit verbunden sein. Und trotzdem darf man die Empirie oder auch die Theorie der Wissenschaft nicht völlig ignorieren. Das macht es eben aus. Nur das rein Theoretische ist zu weit weg von der Realität. Und nur Realität – da ist man im Grunde ohne Kompass. Gerade im Zusammenführen von Theorie und Realität übernehmen politische Magazine wie die Politischen Studien eine sehr wichtige Funktion.

**Wollen wir noch einmal über Corona sprechen. Sie sind von Markus Söder zum Lei-**

**ter des Corona-Krisenstabs ernannt worden. Wie herausfordernd ist diese Arbeit für Sie? Gerade in den ersten Monaten war alles neu und nichts voraussehbar. Konnten Sie überhaupt nach Hause gehen und abschalten? Zehrt das an einem?**

Von Anfang an war es eine Aufgabe, der ich mit sehr großem Respekt begegnet bin, weil sie alle Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gesundheit, in der Sorge um Leib und Leben betroffen hat und betrifft. Es geht hierbei um mehr als um rein politische Themen. Es geht um Gefahrenabwehr und Seuchenbekämpfung: Das bedeutet, dass man nichts auf die lange Bank schieben oder mehrere Expertenrunden zur Lageanalyse einberufen kann. Wir müssen wie bei der Notfallrettung oder bei einem Polizeieinsatz sehr schnell handeln und entscheiden, weil stets Gefahr im Verzug

ist. Und man braucht dazu stets einen klaren Kopf. Meiner Meinung nach ist uns dies als bayerische Staatsregierung sehr gut gelungen.

**Und wie sehr ist es auch persönlich herausfordernd?**

Das ist immer eine Mentalitätssache. Ich persönlich kann mit so einer Situation gut umgehen. Natürlich beschäftigt sie mich und ich denke immer darüber nach.

**Gab es denn irgendwelche Corona-Regeln, deren Einhaltung Ihnen besonders schwergefallen ist?**

Das Einhalten der Regeln, die wir selber verordnet haben, ist mir nicht schwergefallen. Ich war auch immer davon überzeugt, dass sie zum jeweiligen Zeitpunkt richtig verordnet waren. Aber besonders schwergefallen ist die Entscheidung, die Schulen zu schließen oder den kompletten Lockdown anzuordnen. Diese Entscheidung war damals richtig, weil in der Phase, als es noch keine Impfstoffe gab, dies die einzige Möglichkeit war, die schnelle Ausbreitung des Virus wieder in den Griff zu bekommen.

**Wir sehen hier in Ihrem Büro ein sehr schönes Kreuz. Sie sind ja gläubig. Gibt der Glaube in derartigen Ausnahmesituationen auch Halt?**

Ja, klar. Wann, wenn nicht in solchen schwierigen Situationen.

**Haben Sie da häufiger gebetet?**

Wie normal auch. Aber natürlich tritt man schon in einen anderen Dialog ein, um die Fragen zu stellen: Sind wir auf dem richtigen Weg? Schaffen wir das alles? Treffen wir die richtigen Entscheidungen? Und wenn man dabei nicht ganz alleine ist, ist das gut.

**Wir haben das Gefühl, dass die Menschen nach eineinhalb Jahren Pandemie etwas lockerer mit den Corona-Regeln umgehen. Dass die Maske nicht immer getragen oder schon mal unter die Nase gezogen wird. Sehen Sie das auch so?**

Am Anfang waren wir noch beeindruckt von der Ungewohntheit der Lage und auch verängstigt, weil keiner wusste, wie man mit dem gefährlichen Virus umgeht. Mittlerweile sind wirksame Impfstoffe auf dem Markt. Die Menschen wissen, wenn



**Die Maßnahmen müssen immer VERHÄLTNISSMÄßIG sein.**

sie geimpft sind, können sie in der Regel nicht mehr schwer erkranken. Und dann tritt eine gewisse Gewöhnung ein. Dennoch appellieren wir immer an die Menschen, die klassischen Hygienemaßnahmen und Abstandsregeln einzuhalten. Sie erzeugen eine hohe Wirkung und stellen relativ geringe Eingriffe in die eigene Freiheit dar. Und diese Regeln werden wir noch weiterhin benötigen. Wir müssen dem Virus das nehmen, was es am liebsten hat: nämlich menschliche Kontakte. Deshalb müssen wir hier besonders umsichtig sein.

**Könnte es sein, dass bestimmte Corona-Regeln bleiben werden? In einigen asiatischen Ländern ist es vor der Pandemie schon üblich gewesen, dass im öffentlichen Raum das Tragen von Masken empfohlen war. Könnte uns das nach der Pandemie vielleicht bleiben – das Tragen der Maske?**

Die Maßnahmen müssen immer verhältnismäßig sein. In dem Moment, in dem vom Virus keine Gefahr mehr ausgeht und die Pandemie beendet ist, kann auch der Staat nichts mehr anordnen. Und wir wollen das auch nicht. Das Tragen der Maske zum Beispiel ist dann eine Entscheidung, die jeder selber treffen muss. Es kann ja durchaus ratsam sein, sich bei großen Menschenansammlungen mit Mundschutz auszustatten, wie das in anderen Ländern oder Kulturen schon länger üblich ist. Und wir ha-

ben gesehen: Es gab kaum Grippefälle im Winter. Das hängt damit zusammen, dass die Menschen auf Hygiene und Abstand geachtet haben. Mir persönlich gefällt das, aber die staatlichen Maßnahmen werden natürlich dann beendet, wenn sie nicht mehr notwendig sind.

**Und was bleibt gesellschaftlich nach Corona? Am Anfang hielten wir alle zusammen und klatschten für Pflegekräfte ...**

Das Zusammenhalten und die Solidarität in der Gesellschaft in Bayern und Deutschland sind bemerkenswert. Bemerkenswert ist auch, wie der Großteil der Bevölkerung die staatlichen Maßnahmen, also unsere Strategie der Vorsicht und Umsicht, mitgetragen und selber praktiziert hat. Was von den Querdenkern übrigbleiben wird, das wird man noch sehen. Bedauerlicherweise – und dies ist die Schattenseite von Corona – hat die Pandemie diese Art zugespitzter Verschwörungstheorien hervorgebracht. Wir werden sehen, ob und wie sie sich manifestieren. Mit diesen Kräften werden wir uns zukünftig auseinandersetzen müssen und uns als Gesellschaft dagegen wehren. Aber ich hoffe, dass das nicht bleibt und überwunden werden kann.

**Lassen Sie uns noch über wirtschaftspolitische Aspekte sprechen. Viele Einzelhandelsgeschäfte gerade in den Innenstäd-**



**Das Einhalten der Regeln, die wir selber VERORDNET haben, ist mir nicht schwergefallen.**

ten mussten aufgrund von Corona schließen. Welche Maßnahmen will die Bayerische Staatsregierung ergreifen?

Wir sind nicht nur medizinisch, sondern auch wirtschaftlich bisher sehr gut durch die Corona-Krise gekommen. Natürlich gibt es Bereiche, die von den Lockdown-Maßnahmen besonders hart betroffen sind: Das sind zum einen der Einzelhandel, zum anderen die Gastronomie, aber auch der Bereich der Kunst und Kultur. Der Staat hat hier unterstützend eingegriffen und wird es auch weiterhin tun. Gleichwohl beobachten wir, dass einige Geschäfte ihren Betrieb nicht mehr weiterführen können. Das liegt nicht nur an Corona: Der stationäre Einzelhandel steht gerade in den Innenstädten vor größeren Umbrüchen, der Online-Handel setzt

ihm gewaltig zu. Und Einkaufszentren außerhalb der Stadtgrenzen – sozusagen auf der grünen Wiese – sind eine weitere große Konkurrenz.

Aber zum bayerischen Lebensgefühl gehören auch lebendige Innenstädte oder ein quirliger Dorfkern. Deswegen ist es die Aufgabe der Kommunen und auch des Freistaates, die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Wir unterstützen zum Beispiel den Einzelhandel bei der Umstellung auf Digitalisierung und fördern dessen Online-Angebote.

Aber auch Cafés und Restaurants beleben die Innenstädte, sie machen das Herz einer Stadt oder einer Gemeinde aus. Und nicht zu vergessen: Kunst und Kultur – ein Bereich, der unter der Pandemie sehr gelitten hat und der durch die Lockerungen der

**Zum Schluss ein Blick in die Zukunft: Der Staatskanzleichef ist überzeugt davon, dass Bayern seine Spitzenposition in der Luft- und Raumfahrttechnologie weiter ausbaut.**



Quelle: Verena Kienast, HSS

”

**Für 2050 bin ich ganz ZUVERSICHTLICH, weil ich davon überzeugt bin, dass die politischen Weichenstellungen, die wir jetzt treffen, die richtigen sind.**

vergangenen Monate wieder langsam in die Gänge kommt.

politischen Weichenstellungen, die wir jetzt treffen, die richtigen sind.

**Lassen Sie uns einen Blick in die Zukunft werfen. Wo steht der Freistaat Bayern im Jahre 2050?**

**Stichwort „Bavaria One“: Fliegen wir dann vermehrt ins All?**

Also heute haben wir 2021. Das heißt, es ist gar nicht mehr so lange hin – noch 29 Jahre und ich bin fast 80! (lacht)

Dann werden wir uns alle wieder treffen und in einem Land leben, das mit Sicherheit die Klimaneutralität erreicht hat, das in der technischen Entwicklung, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können, ganz weit vorne liegt und in dem es nach wie vor lebens- und liebenswert zugeht. Die jetzige Staatsregierung mit ihrem Ministerpräsidenten wird die Weichenstellungen so festlegen, dass dies genauso eintreten wird: damit wir nicht den Anschluss an die technologische Entwicklung verlieren, sondern wir mit dem Schub, der von unseren Universitäten ausgeht, und mit der High-tech Agenda Bayern dazu beitragen, dass ganze Generationen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gerne in Bayern forschen werden. Wir werden unsere Klimaziele und die Energiewende erreicht haben. Und mit den Bergen und der Schönheit der Natur werden die Menschen immer noch gerne in Bayern leben. Für 2050 bin ich ganz zuversichtlich, weil ich fest davon überzeugt bin, dass die po-

Ich bin mir sicher, dass wir unsere Spitzenposition bei der Luft- und Raumfahrt verteidigen und ausgebaut haben werden. Und wir werden die kommenden dreißig Jahre viele Satelliten nach oben schießen, um unser Leben komplett digital ausrichten zu können. Dazu brauchen wir sehr viele Satelliten und sie werden viel kleiner sein, als das bisher der Fall ist. Deren Bestandteile und die notwendigen Trägerraketen werden aus Bayern stammen. Der Himmel wird weiß-blau leuchten. (lacht)

**Vielen Dank, Herr Staatsminister, für dieses aufschlussreiche und offene Interview.**

**Das Interview führten Susanne Hornberger, Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, und Barbara Fürbeth, Referatsleiterin Publikationen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///**



Hören Sie auch hierzu die Gratulationsvideobotschaft von Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL. Dazu bitte QR-Code mittels Tablet oder Smartphone und einer geeigneten App scannen.

/// Mit dem Flaggschiff auf Erfolgskurs

## 500 AUSGABEN POLITISCHE STUDIEN

**MARKUS FERBER** /// Die Politischen Studien gibt es seit Dezember 1950, mittlerweile im 72. Jahrgang. Seit 1972 wird die Zweimonatszeitschrift von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegeben, und die nun vorliegende 500. Ausgabe ist nicht nur ein Grund zum Feiern, sondern gibt auch Anlass, einen Blick auf die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte zu werfen.<sup>1</sup>

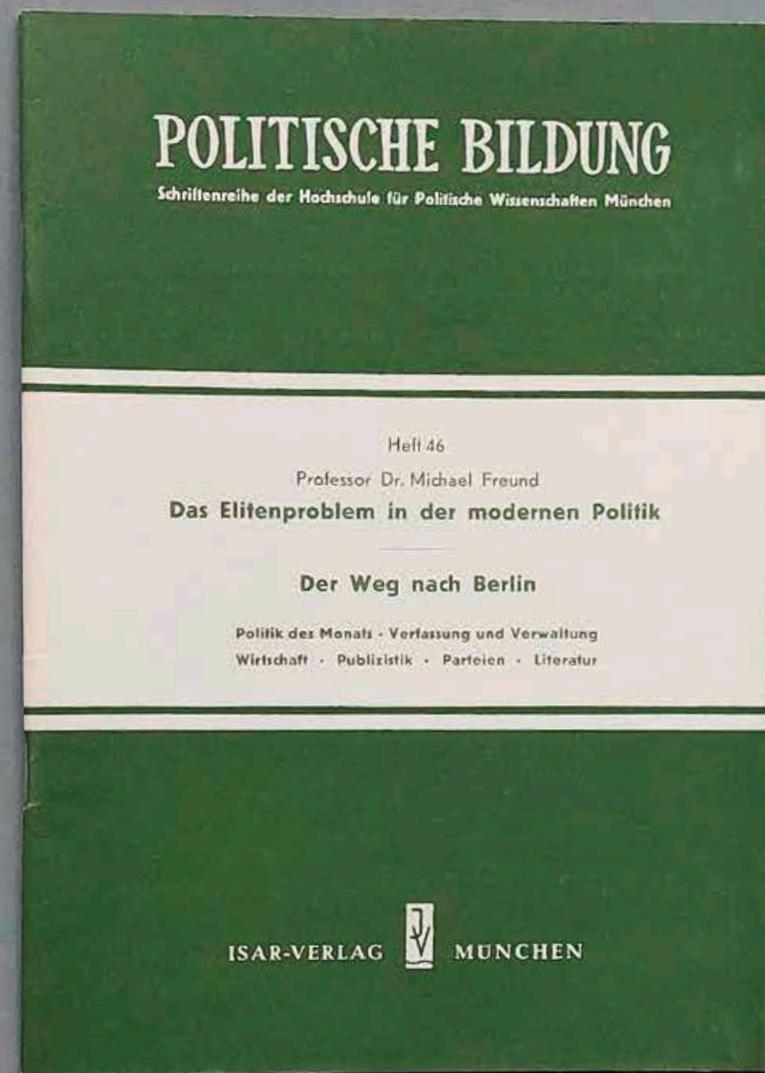
### Wie es begann ...

Ab Dezember 1950 erscheinen die Politischen Studien als „Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften München“ unter dem damaligen Titel „Politische Bildung“. Gegründet und he-

rausgegeben hat sie der Münchner Verleger Dr. Günter Olzog im Isar-Verlag.

Die Anfänge der monatlich erscheinenden Zeitschrift fallen inhaltlich wie von der Aufmachung her eher spartanisch aus. Jedes Heft hat nur ein Thema und die Beiträge sind Vorträge und Vorlesungsmitschriften der Hochschule für Politische Wissenschaften, in deren Schriftenreihe die Publikation angesiedelt ist. Bald schon gibt es aber eine attraktivere Aufmachung und auch inhaltlich öffnet man sich dem politischen Leben, wenn auch nur aus theoretisch-wissenschaftlicher Sicht. Dies spiegelt sich auch in der Auswahl der Autoren

Die **ERSTE** Ausgabe erscheint unter dem Titel „Politische Bildung“ im Dezember 1950.



Eine der ersten Ausgaben der Politischen Studien, die damals noch unter dem Titel „Politische Bildung“ erschien. Die Aufmachung fällt noch spartanisch aus.

wider, die vorwiegend aus dem wissenschaftlichen Bereich kommen.

Zunehmend versucht man, als Sprachrohr dem Auftrag nach Art. 21 des Bonner Grundgesetzes zur politischen Bildung nachzukommen, und der Verleger Günther Olzog sieht seine Zeitschrift da mittlerweile auch auf einem guten Weg. Chefredakteur wird Professor Franz Fendt, Rektor der Hochschule für Politische Wissenschaften. Ihm steht ein prominentes Herausgeberkollegium zur Seite. Drei Redakteure arbeiten für die Publikation.

In der Folgezeit werden das inhaltliche Spektrum erweitert sowie neue Rubriken und Formate eingeführt, um damit einen Bezug zur aktuellen Politik herzustellen. So stehen nun Weltpolitik und wissenschaftliche Lehre nebeneinander, was sich auch bald in einem neuen Titel widerspiegelt: Ab April 1954, mit der Nummer 48, heißt die Schriftenreihe Politische Studien, sie werden als Monatshefte geführt und monatlich veröffentlicht.

Die Aufbaujahre befördern das Interesse an der Demokratie und in der Folge auch zunehmend den Wunsch der breiten Öffentlichkeit nach publizistischer Hintergrundinformation dazu. Diesem Anspruch kann das Publikationsorgan zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht entsprechen. Noch gelingt es nicht, sich von der Nähe zur Hochschule und damit verbunden der Wissenschaft zu lösen. Weiterhin werden überwiegend Beiträge wiedergegeben und die Themen den Autoren nach gewählt. Die politische Aktualität bleibt somit zumeist auf der Strecke. Dies ist allein schon den zeitlichen, aber auch den technischen und personellen Abläufen geschuldet. Es fehlen der Redaktion hier die Möglichkeiten, weshalb sich die Macher auf

**In den Anfangsjahren steht noch der WISSENSCHAFTLICHE Duktus im Vordergrund.**

das Prinzip der Bildungsvermittlung und zeitungebundener Informationen verlegen.

Die ersten zehn Jahre sind gekennzeichnet durch Suche. Die Suche nach einem guten Konzept, passenden Inhalten, entsprechender Form und Aufmachung. Die Verantwortlichen ringen hart um jeden Punkt. Die Ansichten, wie eine zeitgeschichtliche Zeitschrift sowohl für die politikwissenschaftliche Fachwelt als auch die interessierte Öffentlichkeit gestaltet sein müsste, gingen hier zwischen Wissenschaft und Publizistik immer wieder auseinander. Häufige Veränderungen im Impressum zeugen davon. Nur Günther Olzog bleibt weiterhin sowohl Verleger als auch Autor. Er hat nun schon über Jahre hinweg eine erfolgreiche, regelmäßig erscheinende Publikation entwickelt. Dennoch stellt er sich wieder und wieder die Frage, ob sie als Sprachrohr und als Plattform für den Dialog im vorliegenden Rahmen noch weiterhin optimal verankert ist. Er kommt zu dem Schluss, dass es eines größeren und institutionelleren Rahmens für die Politischen Studien bedarf, und findet diesen in der Hanns-Seidel-Stiftung.

**Die Stiftung wird Herausgeber**  
1972 übernimmt die Hanns-Seidel-Stiftung die Herausgeberschaft der Politischen Studien. Die Redaktion ist in der dortigen Akademie für Politik und Zeit-

geschehen angesiedelt, der damalige Akademieleiter Dr. Johannes Hampel wird zugleich deren Chefredakteur. Die Zeitschrift erscheint mittlerweile seit 1962 im Zweimonatsrhythmus.

Die neuen Herausgeber vermeiden abrupte Kurswechsel, nehmen aber doch einige Neuausrichtungen vor. Sie definieren die Publikation als Forum für Problemanalysen und Lösungsansätze, Perspektiven und Konzeptionen sowie Dialog und Diskussion in Wissenschaft und Politik. Sie soll eine Informationsquelle für jeden politisch interessierten Bürger sein. Dies entspricht auch dem

Satzungsauftrag der Hanns-Seidel-Stiftung, nämlich die Förderung der demokratischen und staatsbürgerlichen Bildung auf christlicher Grundlage.

**Konzept und Inhalt**

Vor allem die Akademie für Politik und Zeitgeschehen profitiert von dem Wechsel. Sie erhält mit der Zweimonatsschrift eine publizistische Plattform, um ihre Arbeit einem breiteren Kreis von Interessenten zugänglich zu machen, indem sie ihre wissenschaftlichen Tagungen und Seminare publizistisch verwertet. Weiterhin stehen die Vermittlung von quali-



Das Design verändert sich: Es wird bunter und die Raute als Logo kommt hinzu.

Quelle: HSS, Barbara Fürbeth

fiziertem Hintergrundwissen und zeitungsbundener Thematik im Vordergrund. Hier kann die Akademie aus dem reichen Fundus ihrer Arbeit schöpfen und viele ihrer Autoren für die Politischen Studien akquirieren.

Ab Mitte der 1970er-Jahre weisen die periodischen Ausgaben eine Schwerpunktbildung auf – es werden zunehmend in den 1980er-Jahren auch Sonderhefte und Sonderdrucke herausgegeben. Das Konzept hierzu sieht vor, dass ein Thema umfassend, gründlich und aus verschiedenen Blickwinkeln heraus abgehandelt wird. Ende der 1990er-Jah-

### Mit der Stiftung als Herausgeber ÄNDERN sich Konzept und Inhalt.

re kehrt man zu einem etwas eingegrenzteren Schwerpunktthema, jetzt Fokus genannt, zurück, der von einem sogenannten „Omnibus-Teil“, in Form von Analysebeiträgen und einem Interview, umrahmt wird.

Ab 2011 erscheint die Zeitschrift nach einem Relaunch im neuen, frischen und stark veränderten Layout, was bei den Lesern gut ankommt.



Inhaltlich ist man mittlerweile von den eher theorielastigen Themen und Darstellungsformen zu den zeitrelevanten und aktuellen Themen übergegangen, deren pragmatische und politische Umsetzung nun im Vordergrund steht. Die weltpolitischen Entwicklungen sowie die Globalisierung mit all ihren Zusammenhängen und Auswirkungen erfordern dies auch. Das Ergebnis dieser zielführenderen Redaktionspolitik ist in der Folge ein schärferes Profil der Politischen Studien.

### Ein neues Kleid

Seit Ende der 1990er-Jahre gab es bereits Überlegungen und Bestrebungen, die Politischen Studien einem optischen „Make Over“ zu unterziehen. Dass dies dringend geboten war, zeigte auch eine Leserbefragung, die im Zuge einer Evaluierung erfolgte. Hierbei wurde auch eine Zielgruppendefinition des Leserkreises vorgenommen, mit dem Ergebnis, dass dies der politisch interessierte Bürger ist.

Neben der inhaltlichen Ausrichtung auf diesen Leserkreis war somit auch ein Relaunch des Layouts geboten, welches 2010 durchgeführt wurde. Mit der Nummer 435 erschienen Ende Januar 2011 die Politischen Studien in einem völlig neuen Design. Zusammen mit einer Münchner Grafik-Agentur wurde ein neues Layout entwickelt, welches neben Farbe und mehr Bildern auch strukturierende und gestaltende Elemente brachten und den Seiten sowie dem Heft insgesamt eine moderne und frische Darstellung verlieh. Den Lesern gefiel das „neue Kleid“ gut – die Resonanz fiel positiv aus.

### Organisation

Ab 2016 kommt die Redaktion zu der neu geschaffenen Organisationseinheit

„Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“, hier angesiedelt im Referat „Publikationen“. In der Redaktion sind insgesamt vier Redakteurinnen in Teilbeziehungsweise Vollzeit sowie eine Redaktionsassistentin beschäftigt.

Die Position des Chefredakteurs hatte bis Anfang 2019 der jeweilige Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen inne. Dies waren:

- Dr. Johannes Hampel (1972-1985)
- Dr. Ludwig Watzal (1986)
- Dr. Peter Eisenmann (1986-1993)
- Dr. Wolfgang Hübner (1993-1996) und
- Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (1996-Februar 2019)

In Zusammenarbeit mit einer auswärtigen Satzagentur und einer Druckerei werden jährlich sechs Nummernhefte der Zweimonatszeitschrift produziert. Die Auflage beträgt derzeit 6.500 Exemplare und es enthält einen Verteiler von ca. 3.400 Beziehern. Die Printausgabe ist auch digital auf der Homepage [www.hss.de](http://www.hss.de) downloadbar.

Seit dem Relaunch 2011

- betreut die auswärtige Agentur Publishers Factory, die zur Trurnit-Verlagsgruppe gehört, die Satzstellung und
- der Druck erfolgt derzeit bei der Kern GmbH in Bexbach.

Die Politischen Studien sind das  
FLAGGSCHIFF der Hanns-Seidel-Stiftung.

### Neuausrichtung

Mit der Wende Ende der 1980er-Jahre kam auch für die Politischen Studien ein thematischer Wandel, ein thematischer Umbruch. Der bis dahin bestimmende Ost-West-Konflikt wird nun abgelöst vom Prozess der Wiedervereinigung und den damit verbundenen Aspekten und Fragen. Im Laufe der Jahre nehmen darüber hinaus die gesellschaftspolitischen Themen zunehmend Raum ein. Die Politischen Studien werden zum Magazin für Politik und Gesellschaft, neben der Akzentuierung verändern sich auch Intention und Adressatenkreis. Nicht mehr die theoretisch-wissenschaftliche Information steht im Vordergrund, sondern das aktuelle und diverse Wissensangebot als Hilfestellung für den politisch interessierten Bürger. Die Zeitschrift wird somit in Qualität und Vielfalt attraktiver.

**Bereits Ende der 1980-Jahre erfolgte mit der Wende eine NEUAUSRICHTUNG der Zeitschrift bezüglich Themen, Intention und Leserkreis.**

Die Politischen Studien kommen so weiterhin ihrem normativen Auftrag der demokratischen und staatsbürgerlichen Bildung nach. Mit Globalisierung und Digitalisierung treten Entwicklungen und Veränderungen auf, denen sich auch eine politische Zeitschrift als Medium nicht entziehen kann. Mit einer zunehmend crossmedialen Arbeitsweise, die ab 2017 unter dem damaligen Bereichsleiter der

„Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“, Thomas Reiner, einsetzte und die seine Nachfolgerin Susanne Hornberger seit April 2021 weiter ausbaut, wird dem Rechnung getragen. Crossmedial bedeutet eine verstärkte Zusammenarbeit und Verlinkung der Bereiche Print, Online und Social Media, nicht zuletzt auch zur Erweiterung der Zielgruppen. Die Politischen Studien sind online präsent und setzen auch hier Impulse.

Für die Zukunft werden wir uns weiter Gedanken über die Ausrichtung und eine entsprechende Neuaufstellung machen. Der Weg im 21. Jahrhundert eröffnet viele Perspektiven, hält aber auch entsprechende Herausforderungen bereit. Auf diese damit verbundenen Umbrüche in Politik und Gesellschaft müssen wir auch im Bereich unserer Publikationen laufend reagieren, thematisch wie gestalterisch. Dabei behalten wir unsere Leser immer fest im Blick und im Fokus. Ein ständiger Evaluierungsprozess begleitet unsere Arbeit und bildet die Grundlage für fortlaufende Verbesserung und Entwicklung.

Thematisch eröffnen wir 2022 mit dem Blick auf Europa. Aber auch weitere wichtige Themen wie Gesundheit und Pflege, innere Sicherheit sowie Lebensräume werden in den Politischen Studien in den Fokus genommen. Wir begleiten mit unserem Magazin weiter den Weg im 21. Jahrhundert.

### Fazit

Die Zweimonatszeitschrift Politische Studien erfasst, mittlerweile bereits im 72. Jahrgang, Strömungen und Bewegungen der Zeitgeschichte und des Zeitgeschehens, vermittelt Hintergrundwissen, analysiert vielseitig und setzt Diskussionsimpulse. In 500 Ausgaben kamen wir dieser Aufgabe gerne und er-

folgreich nach und widmen den Schwerpunkt dieser Ausgabe diesem Jubiläum. Wir sind stolz auf unser „Flaggschiff“ und freuen uns auch über die Reihe von Gratulationen dazu, die wir im Anschluss an diesen Beitrag präsentieren dürfen. Abschließend analysiert Peter Fahrenholz in seinem Artikel die Bedeutung politischer Bildung und politischer Magazine wie die Politischen Studien in diesem Zusammenhang.

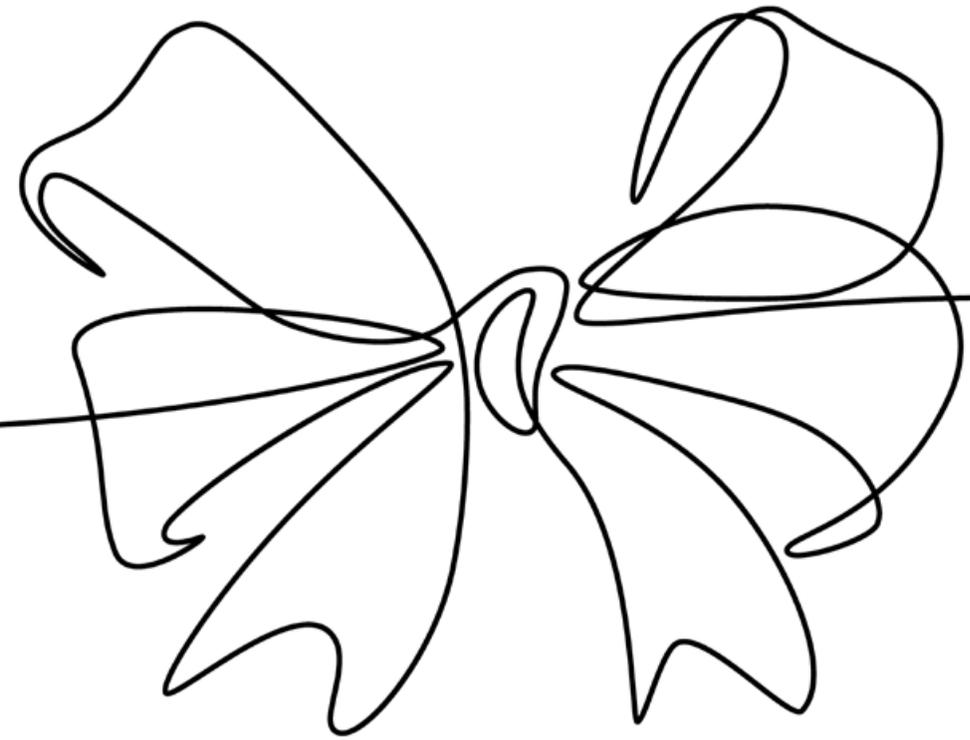
Aktuelle Themen, Hintergrundwissen und sachgerechte Analyse, leserorientiert aufbereitet – das ist weiter das Bestreben der Herausgeber und der „Macher“ der Politischen Studien. In diesem Sinne: auf unser „Flaggschiff“ und die nächsten 500 Ausgaben. ///



/// **MARKUS FERBER, MDEP**  
ist Vorsitzender der Hans-Seidel-Stiftung,  
e. V., München.

### Anmerkung

<sup>1</sup> Der Beitrag fußt auf den Artikeln von Kiehl, Dieter und Meier-Walser, Reinhard C. in: 50 Jahre POLITISCHE STUDIEN – Ein halbes Jahrhundert Zeitgeschichte, Politische Studien, Jubiläumsausgabe, Dez. 1999/Jan. 2000, 50. Jahrgang, München.



/// Wir gratulieren...

## JUBILÄUM POLITISCHE STUDIEN

**Dies ist die 500. Ausgabe unserer Zweimonatszeitschrift Politische Studien. Seit Dezember 1950 im mittlerweile 72. Jahrgang erscheinen die Politischen Studien bereits und darauf sind wir stolz. Wir feiern dieses Jubiläum zusammen mit unseren Lesern. Die Gratulationen und guten Wünsche einiger dürfen wir Ihnen hier im Anschluss vorstellen.**



Quelle: Bayerische Staatskanzlei, München

**/// DR. MARKUS SÖDER, MDL  
BAYERISCHER MINISTERPRÄSIDENT**

/// Herzlichen Glückwunsch zur 500. Ausgabe der Politischen Studien der Hanns-Seidel-Stiftung! Seit mehr als 70 Jahren ist die Zeitschrift für Bildung und Zeitgeschehen ein wichtiges Forum für den wissenschaftlichen Diskurs, für politischen Meinungs-austausch und eine Informationsquelle für komplexe politische Zusammenhänge.

Dieser Erfolg ist Auftrag für die Zukunft: Demokratie braucht Meinungsvielfalt, seriöse Informationsquellen und informierte Bürger. Gerade weil die Debatten in den Medien härter geworden sind und Fake News zunehmen, ist politische Bildungsarbeit so wertvoll wie nie.

Mit den Politischen Studien leistet die Hanns-Seidel-Stiftung einen entscheidenden Beitrag zur politischen Stabilität in unserem Land. Dafür herzlichen Dank und viel Erfolg für die weitere Arbeit! ///

/// Es ist ein besonderes Jubiläum, das wir mit den Politischen Studien der Hanns-Seidel-Stiftung dieses Jahr feiern dürfen. Ich freue mich, dass wir schon die 500. Ausgabe veröffentlichen können und danke allen Beteiligten ganz herzlich für ihre wichtige Arbeit. Die Politischen Studien untersuchen politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Trends. Sie beraten Entscheidungsträger und tragen so seit 55 Jahren zu vorausschauendem politischem Handeln bei.

Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung haben wir gemeinsam das Ziel, die demokratische und staatsbürgerliche Bildung in Deutschland und in Bayern auf einer christlichen Grundlage zu fördern. Die Stiftung leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft, denn eines ist klar: Demokratie braucht politische Bildung!

Ich bin stolz darauf, dass ich als Mitglied und stellvertretende Vorsitzende die wertvolle Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung mit unterstützen und Schwerpunkte einbringen darf. Das ist mir als Altstipendiatin besonders wichtig!

Ich danke Ihnen allen für Ihre wertvolle Arbeit und freue mich auf viele weitere Ausgaben der Politischen Studien! ///



Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, München

**/// KERSTIN SCHREYER, MDL  
STAATSMINISTERIN FÜR  
WOHNEN, BAU UND VERKEHR,  
MÜNCHEN**



Quelle: Erzbischöfliches Ordinariat München (EOM) / Lennart Preiss

**/// REINHARD KARDINAL MARX,  
ERZBISCHOF VON MÜNCHEN UND  
FREISING**

/// Zur 500. Ausgabe der „Politischen Studien“ gratuliere ich herzlich. Ein solches Jubiläum steht auch für ideelle Kontinuität und redaktionelle Ausdauer.

Es freut mich, dass auch dem Blickwinkel der Katholischen Soziallehre in den Debatten um zentrale Werte unserer Gesellschaft immer wieder Raum gegeben wird. „Orientierung durch Information und Dialog“ ist am ehesten dann möglich, wenn sich Pluralität abbilden und ein wirklicher Austausch befördert werden kann, der Meinungsbildung ermöglicht, die für die Demokratie entscheidend ist.

Ich wünsche den Verantwortlichen weiterhin Gespür für die relevanten Themen, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt rücken. Für die Zukunft unseres Gemeinwesens ist das von außerordentlicher Bedeutung. ///

/// Sich eine fundierte politische Meinung zu bilden, macht Mühe und kostet Zeit. Leichter ist – und so wird es oft genug praktiziert – ein schnelles Urteil zu fällen, ohne sich vorab gründlich zu informieren. Nur verhindert das den konstruktiven Diskurs in der Gesellschaft genauso, wie es die Demokratie insgesamt gefährdet.

Die Politischen Studien, immer mit erheblichem Aufwand und sorgsam erstellt, erscheinen zum 500. Mal. Experten von Rang machen es möglich, historische und aktuelle Hintergründe zu begreifen, Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse zu verstehen und Politik zu beurteilen. Ein herzliches Dankeschön dafür!

Die Politischen Studien regen zu eigenständigem Denken und Entscheiden an. Etwas Besseres kann der Demokratie nicht passieren. ///



Quelle: Anke Roith-Seidel

**/// SUSANNE BREIT-KEBLER,  
STV. VORSITZENDE DER  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG UND  
VORSITZENDE DES ETHIK-RATES,  
MÜNCHEN**



Quelle: StudioLine Photography

/// LISA-MARIE GELTINGER, M.A.  
PROMOTIONSSTIPENDIATIN,  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

/// Die Zweimonatsschrift Politische Studien leistet als Medium für Politik und Wissenschaft einen substanziellen Beitrag zum demokratischen Bildungsauftrag der Politischen Stiftungen, die Roman Herzog auch als „Schulen demokratischen Denkens und Handelns“ bezeichnete. In Anbetracht der zunehmenden Emotionalisierung der Politik trägt dieses Periodikum im Besonderen dazu bei, dass in der politischen Auseinandersetzung verflüchtigte Stimmungsbilder nicht die Oberhand über stichhaltige Sachargumente gewinnen.

Stellvertretend für die Stipendiaten und Nachwuchswissenschaftler der Hanns-Seidel-Stiftung ist es mir deshalb eine besondere Freude, den Politischen Studien im Rahmen der 500. Ausgabe die besten Glückwünsche zu übersenden. ///

/// Wer Demokratie verstehen, ihrer Wertorientierung genügen, Innovationen gestalten, Komplexität begreifen, wichtige gesellschaftliche Entwicklungen erfahren und Vernunft im privaten wie öffentlichen Diskurs walten lassen will – den unterstützen die Politischen Studien. Nun schon 500 Mal. Und hoffentlich noch öfter. ///

/// PROF. DR. DR. H.C. HEINRICH OBERREUTER,  
PASSAU



Quelle: Walter Daschner

/// Digitalisierung in der Bildung ist ein Veränderungsprozess, der zu einem fundamentalen Wandel der Bildungssysteme führt. Diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung anzunehmen und pragmatische Lösungen für diese Transformation aufzuzeigen, ist mein Schwerpunkt als Wissenschaftlerin und Unternehmerin. Die Grundlagen für diese Art zu arbeiten wurden während meiner Förderung durch die Hanns-Seidel-Stiftung gelegt und ebenso, dass Antworten auf komplexe Fragen interdisziplinär am besten gelöst werden. Meine tägliche Arbeit ist daher geprägt von der Kooperation zwischen Didaktikern und Informatikern. Gemeinsam widmen wir uns Fragen wie zum Beispiel: Kann Künstliche Intelligenz (KI) beim individuellen Lernen unterstützen? Wie sieht eine Software aus, die Lehrkräften bei der Unterrichtsvorbereitung hilft? Was können Lehrerfortbildungen von sozialen Netzwerken lernen? Es braucht innovative Antworten auf diese Fragen, denn Bildung ist der Garant für den Zusammenhalt und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

Impulse und Anregungen zu diesen und anderen Fragen finden sich auch in den Politischen Studien, der Zweimonatszeitschrift der Hanns-Seidel-Stiftung. Dies ist die 500. Ausgabe. Meinen herzlichen Glückwunsch dazu. ///

/// PROF. DR. JULIA KNOPF,  
LEITUNG FORSCHUNGS-  
INSTITUT BILDUNG DIGITAL,  
UNIVERSITÄT DES SAAR-  
LANDES, SAARBRÜCKEN



Quelle: Julia Knopf; Foto: Alexander Becher

/// Warum seriöse Medien für den Zusammenhalt der Gesellschaft unverzichtbar sind

## ZWISCHEN FAKE NEWS UND HASS-BOTSCHAFTEN

**PETER FAHRENHOLZ** /// Nicht erst seit der Corona-Pandemie wächst in den Sozialen Medien ein Paralleluniversum an unseriöser Information und Meinungsbildung an und gefährdet so zunehmend den Zusammenhalt der Gesellschaft. Umso wichtiger sind seriöse Medien, die faktenbasiert und unabhängig arbeiten.

### Auswirkungen von Corona auf die Medienwelt

Als Anfang 2020 die Corona-Pandemie auch in Deutschland zu den ersten Infektionen führte und wenige Wochen später in den ersten Lockdown mündete, gab es zwei völlig gegenläufige Tendenzen. Auf der einen Seite entstand ein ungeheures Informationsbedürfnis, das von den Medien in Deutschland mit einer gewaltigen Kraftanstrengung bewältigt wurde. Die öffentlich rechtlichen Fernsehsender haben über viele Wochen hinweg mit tägli-

chen Sondersendungen über alle Aspekte der Pandemie und die Maßnahmen der Politik im Kampf gegen das Virus berichtet.

Durch die Corona-Pandemie entstand ein großes **INFORMATIONSBEDÜRFNIS** der Bevölkerung dazu.



Quelle: iStock.com/Chinmapong

**In der digitalen Welt nehmen die Sozialen Medien auch Einfluss auf Information und Meinungsbildung der User.**

Auch in den Printmedien war Corona monatelang das beherrschende Thema. Die Berichterstattung wurde deutlich ausgebaut, die „Süddeutsche Zeitung“ etwa hat den Platz für die Wissenschaftsberichterstattung verdoppelt, in anderen Medien war es ähnlich. Es explodierte in der Zeit förmlich die noch relativ neue Spezies des Datenjournalismus. In aufwendigen interaktiven Grafiken wurden die Ergebnisse und Projektionen der Wissenschaftler so aufbereitet, dass sie auch der Laie verstehen konnte. Die aktuellen Zahlen über das Infektionsgeschehen auf der ganzen Welt konnten jederzeit nachgelesen werden. Von den Lesern wurden diese Anstrengungen auch honoriert. Bei der „Süddeutschen Zeitung“ stieg die Zahl der Digital-Abonnenten (der neuen wichtigen „Währung“ für viele Printme-

dien, deren gedruckte Auflage seit Jahren zurückgeht) sprunghaft an. Über kein Thema wurde so ausführlich und detailliert berichtet wie über Corona und die Folgen. Im Grunde konnte jeder, der mit einigermaßen offenen Augen durch die Welt geht, über alle wichtigen Fakten im Zusammenhang mit dieser Seuche Bescheid wissen.

Eine Renaissance also der klassischen Medien, die sich insbesondere seit der erbitterten Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik immer wieder als „Lügenpresse“ schmähen lassen mussten? Leider nicht ganz. Denn während auf der einen Seite alle Fakten zur Pandemie breit und transparent dargestellt wurden und auf enormes Leserinteresse stießen, entstand auf der anderen Seite eine Art Paralleluniversum, in dem Menschen unterwegs sind, die Erkennt-

nisse der Wissenschaft und die Berichterstattung darüber zu Lügen erklären. Stattdessen werden seit Beginn der Pandemie abstruse Verschwörungstheorien, die aus trüben Quellen im Internet stammen, verbreitet und finden bei einer Minderheit Anklang.

Wie groß diese Minderheit ist, ist schwer einzuschätzen. Aber zu den unerfreulichen Erkenntnissen vieler Menschen gehört, dass sie in ihrem persönlichen Umfeld immer wieder auf Freunde, Bekannte oder Arbeitskollegen stoßen, von denen sie nie gedacht hätten, dass sie Corona-Leugner oder Impfgegner sind. Die sogenannte Querdenker-Bewegung, die sich auf dieses Gebräu stützt, radikalisiert sich seither immer weiter. Trauriger Höhepunkt bis jetzt war der Mord an einem jungen Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein, der von einem Gegner der Corona-Maßnahmen, die nach wie vor von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden, erschossen wurde, nur, weil er den Kunden zum Tragen einer Maske aufforderte.

**Es hat sich ein PARALLELUNIVERSUM von Querdenkern und Coronaleugnern entwickelt, welches sich vorwiegend im Internet informiert.**

Wer sich als Journalist mit der schleppenden Impfkampagne befasst und dafür plädiert, den Druck auf die Impfverweigerer zu erhöhen, wird mit kruden Mails überschüttet, aus denen

nicht selten blanker Hass spricht. Nur in den seltensten Fällen gelingt es, in einen Dialog mit dem Absender zu treten, bei dem Argumente ausgetauscht werden. Meist ist ein solcher Versuch völlig sinnlos.

#### **Der Bundeswahlkampf und die Medien**

Auch im zurückliegenden Bundestagswahlkampf war diese Zweiteilung zu beobachten. Es kursierte schnell die Lesart, dass es sich um einen besonders böartigen Wahlkampf gehandelt hat. Doch davon konnte, was den eigentlichen Wahlkampf und die Berichterstattung der Medien darüber anbelangt, keine Rede sein. Eher im Gegenteil. Die Spitzenkandidaten der Parteien gingen, von heftigeren Attacken, die in der Endphase eines Wahlkampfes üblich sind, abgesehen, ausgesprochen respektvoll miteinander um. Da hat es in früheren Zeiten ganz andere Wahlkämpfe gegeben, in denen Schmähungen und persönliche Verunglimpfungen des politischen Gegners an der Tagesordnung waren.

Auch die Berichterstattung in den Medien über den Wahlkampf und die politischen Positionen, die die einzelnen Parteien vertreten haben, war keineswegs einseitig oder unfair. Und es war auch nicht so, dass wichtige Themen in der Berichterstattung ausgeblendet worden wären.

In der Welt der Sozialen Medien sah das ganz anders aus. Hier wimmelte es geradezu von Fake News, die von obskuren Internetportalen in die Welt gesetzt wurden oder von Hassbotschaften, die sich via Twitter ausbreiteten. Nach einer Analyse der Organisation Hate-Aid, die Opfer von Hass im Netz berät und notfalls vor Gericht unterstützt, gab

es allein von Anfang August bis Anfang September gegen die Spitzenkandidaten von Union, SPD und Grünen insgesamt fast 40.000 Botschaften mit beleidigendem oder verletzendem Inhalt, sogenannte „hate speech“.

Auch gezielte Desinformationen hatten Hochkonjunktur. So wurde etwa dem CSU-Vorsitzenden Markus Söder, wie der „Spiegel“ kürzlich berichtete, das frei erfundene Zitat zugeschrieben: „Eltern, die ihre Kinder ohne Impfschutz zur Schule schicken, sollten die Erziehungsberechtigung verlieren“. Der Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter hat angeblich ein Grillverbot nur für Deutsche gefordert, was ebenso eine Lüge war wie ein gefälschtes Zitat der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken, wonach es Zeit würde, dass die Deutschen Verzicht lernen. Markus Söder hat auf dem CSU-Parteitag kurz vor der Wahl die Hassbotschaften angesprochen, die ihn persönlich ständig erreichen.

In den Sozialen Medien sind inzwischen Erregungs- und Empörungblasen entstanden, deren Teilnehmer sich selbst genügen und in denen kein Diskurs mit Andersdenkenden mehr möglich ist. Wer in irgendeiner Weise öffentlich exponiert ist, muss damit rechnen, via Twitter geschmäht, verhöhnt, beleidigt oder bedroht zu werden – bis hin zu Morddrohungen. Vor allem Politiker

**In den Sozialen Medien finden gezielt Desinformation und Hassattacken gegen ANDERSDENKENDE statt.**

sind das Ziel der Attacken und insofern war es kein Wunder, dass die Hasswelle im Wahlkampf besonders hoch war. „Gefährden Twitter und Co. die Demokratie?“, fragte der „Spiegel“ wenige Tage vor der Wahl.

Dabei ist es meist nur ein sehr kleiner Teil von Aktivisten, der die Schmämmaschine am Laufen hält. Die Organisation HateAid hat das am Beispiel des Wuppertaler SPD-Politiker Helge Lindh nachgewiesen, der seit Jahren Opfer von Attacken aus dem Netz ist und im Juli 2021 nach der Hochwasserkatastrophe mehreren digitalen Angriffswellen aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum ausgesetzt war. Nach der Datenauswertung stammte die Hälfte der etwa 4.000 Tweets dieses Shitstorms von 283 besonders aktiven Accounts. Ohnehin wird die Breitenwirkung von Twitter gern überschätzt. Nach einer Onlinestudie von ARD und ZDF gibt es lediglich etwa 1,4 Millionen täglich aktive Twitternutzer. Der Einfluss von Twitter auf den gesellschaftlichen und medialen Diskurs beruht also nicht etwa auf einer besonders großen Gemeinde von Nutzern oder gar einem repräsentativen Abbild der Gesellschaft, sondern kommt dadurch zustande, dass viele Botschaften von reichweitenstarken Massenmedien aufgegriffen und damit überhaupt erst einer breiteren Öffentlichkeit bekannt werden.

Dafür sorgen starke Multiplikatoren – und zu denen gehören eben oft Politiker und die Medienschaffenden selbst. Was zählt, ist die schnelle Attacke oder Reaktion, denn was auf Twitter nicht schnell kommuniziert wird, wird nicht wahrgenommen. Die oft hysterische Erregung verglüht in der Regel rasch. Auf der Strecke bleiben wichtige Fragen. Stimmen die Fakten überhaupt, auf de-

ren Basis man sich zu Wort meldet oder sind es bloße Behauptungen oder Vermutungen? Muss man seine eigene Position nicht nochmal in Ruhe überprüfen, ehe man damit an die Öffentlichkeit geht? „Ich habe den Eindruck, man haut alles raus, was einem im Moment einfällt“, sagt der CSU-Ehrevorsitzende Theo Waigel über das Verhalten vieler aktiven Kollegen aus der Politik.

### Was ist nötig?

Dabei gerät niemand ins mediale Abseits, der sich in den Sozialen Medien zurückhält oder sogar ganz darauf verzichtet. So wie der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck, der trotz vieler Follower sowohl bei Facebook als auch bei Twitter Anfang 2019 aufgehört hat, nachdem er sich mit seinen Äußerungen dort mehrmals in die Nesseln gesetzt hatte. Habeck vermisst seither nichts und braucht sich auch ohne diese Plattformen keinerlei Sorgen um seine Öffentlichkeitswirkung zu machen. Angela Merkel, daran hat der „Spiegel“ kürzlich noch einmal erinnert, hat sich gar nicht erst einen eigenen Account zugelegt, sondern überlässt das Getwittere ihrem Regierungssprecher Steffen Seibert.

Über mehr Zurückhaltung müssten auch die Medien selber nachdenken. Die US-Journalistin Bari Weiss, die im Streit von der „New York Times“ geschieden war, hat im Frühjahr 2021 in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ dafür plädiert, dass die Medien nicht jede Aufregung mitmachen und Journalisten deshalb Twitter verlassen sollten. Gewissermaßen, um selber erst gar nicht in Versuchung zu geraten. Dafür gäbe es gute Gründe, aber dennoch ist der Vorschlag eine Illusion. Denn so wie es nicht möglich ist, Zahnpasta in die Tube zurückzudrücken, lassen sich

die Diskussionen, die in den Sozialen Medien geführt werden, nicht einfach ignorieren. Viele gesellschaftliche Debatten wären ohne sie nicht möglich, zumindest nicht in dieser Wucht und Breite. Man denke nur an die Me-Too-Bewegung oder Fridays for Future. Aber nicht auf jede Debatte im Netz aufzuspringen und sie dadurch erst so richtig anzufachen, das müsste schon möglich sein. Man kann einen Shitstorm auch einfach mal vorüberziehen lassen, denn erfahrungsgemäß legt er sich meist nach kurzer Zeit von allein.

**Die Medien selber sollten im Netz mehr ZURÜCKHALTUNG üben.**

Schon seit Längerem gibt es, vor allem in den USA, Bemühungen, Facebook und Co. straffere Zügel anzulegen, um die Hassbotschaften einzudämmen. Auf Einsicht und Selbstkontrolle sollte man dabei nicht allzu sehr hoffen. Das ist erst kürzlich durch die Enthüllungen einer Whistleblowerin deutlich geworden, die bei Facebook ausgestiegen ist. Sie haben gezeigt, dass der Konzern genau weiß, welchen Schaden er in der Gesellschaft anrichtet, aber nur sehr wenig dagegen unternimmt, um seine Profite nicht zu schmälern.

Umso wichtiger ist es, die Voraussetzungen zu stärken, unter denen seriöse, faktenbasierte Berichterstattung möglich ist. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie elementar eine solche ist, auch wenn man damit nicht alle erreicht.

Dazu gehört, dass sich Politik und Medien ihrer gemeinsamen Verantwortung bewusst sind und alles unterlassen, was die Spaltung der Gesellschaft weiter vertieft. Verschwörungstheoretikern aller Couleur muss man immer wieder Fakten entgegensetzen. Fakten, die von der Wissenschaft geliefert werden, von unabhängigen NGOs und auch von den Studien, die in den Stiftungen der politischen Parteien erarbeitet werden. „Seriose Medien“, sagt der CSU-Ehrenvorsitzende Theo Waigel, „sind für die Demokratie unverzichtbar“. In einer Zeit, in denen immer mehr Menschen bereit sind, abstrusen Verschwörungstheorien zu folgen, die von dubiosen Quellen im Netz verbreitet werden, sind sie vermutlich unverzichtbarer denn je. ///



/// PETER FAHRENHOLZ  
ist Leitender Redakteur Politik der Süddeutschen Zeitung, München

/// Die Bundestagswahl 2021

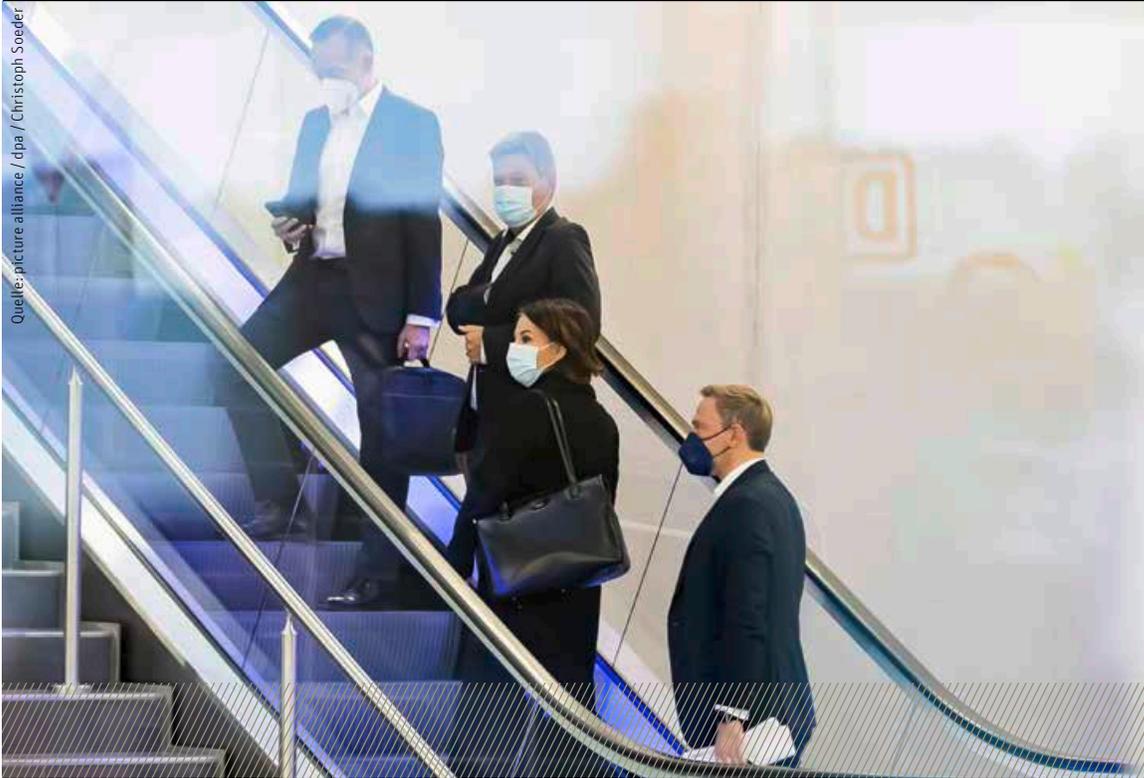
## WECHSELSTIMMUNG UND DYNAMISCHE VOLATILITÄT

**GERHARD HIRSCHER** /// Nach der Bundestagswahl sind nur noch Dreierbündnisse möglich. Ein Linksbündnis aus SPD, Grünen und Linken konnte verhindert werden. Sicher ist, dass FDP und Grüne die Regierung bilden werden. Die SPD, die in den Wochen vor der Wahl stark aufgeholt hat, hat gute Chancen, an der Spitze der Bundesregierung zu stehen. Wenn das der Union nicht gelingt, ist eine Neuausrichtung der CDU unausweichlich.

### Offenes Rennen bis zum Ende

Die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 werden in die Geschichtsbücher eingehen. Von Anfang an war klar, dass sie anders ablaufen würden als alle Bundestagswahlen zuvor. Die amtierende Bundeskanzlerin trat nicht mehr zur Wiederwahl an – das hatte es in den letzten Jahrzehnten noch nie gegeben. Die Regierungspartei trat mit einem Spitzenkandidaten Armin Laschet an, der erst kurz zuvor mit knapper Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt worden war. Seine Kandi-

datur war innerhalb der Union keinesfalls unumstritten; im April 2021 war auch innerhalb der CDU die Unterstützung für den Bayerischen Ministerpräsidenten sehr groß gewesen. Dennoch war die Ausgangslage für CDU und CSU in den ersten Monaten des Wahljahres gut. Die Bewältigung der Coronapandemie und ihrer Folgen wurde in der Öffentlichkeit zu großen Teilen der Bundesregierung und dort der Union sowie in den Ländern vielen Ministerpräsidenten, in Bayern vor allem Markus Söder und der CSU, zu Gute gehalten.



Quelle: picture alliance / dpa / Christoph Soeder

Die kleinen Koalitionspartner FDP und Grüne entscheiden, wer in Deutschland die nächste Regierung anführt (v. l.: Volker Wissing / FDP, Robert Habeck / Grüne, Annalena Baerbock / Grüne und Christian Lindner / FDP).

Es blieben viele Unsicherheiten. Die Corona-Pandemie ließ erwarten, dass die Bundestagswahl oder mindestens der größte Teil der Vorbereitung und des Wahlkampfes im Lockdown und Homeoffice durchgeführt werden müsste. Nach den Lockerungen ab Juli 2021 war dieses Szenario nicht ganz so dramatisch zu erkennen. Aber die Unsicherheiten erstreckten sich auf den gesamten politischen Raum und schienen

immer neue Perspektiven zu eröffnen. Nachdem die Grünen im Frühjahr 2021 ihre Spitzenkandidatin gekürt hatten, erreichten sie in den Umfragen neue Höchststände und es erschien kurzfristig sogar möglich, dass sie die führende Partei in einer Regierungskoalition unter der Bundeskanzlerin Annalena Baerbock stellen könnten. Doch diese Konstellation wurde rasch unwahrscheinlicher, vor allem, nachdem die Kandidatenkür in der Öffentlichkeit nicht durchwegs als optimale Lösung gesehen wurde. Es wurden auch die Stimmen lauter, die für die Grünen konstatierten, dass Baerbocks Konkurrent Robert Habeck mehr Chancen haben würde.

Doch die Union stand vor einer ähnlichen Situation. Auch bei CDU und CSU wurde (intern wie in der Öffent-

lichkeit) immer wieder spekuliert, dass mit dem Spitzenkandidaten Markus Söder eine bessere Ausgangslage zu verzeichnen wäre. Diese Parallelität zeigte sich in der Folge auch in der Kritik an diesen Spitzenkandidaten, denen einige (vermeintliche oder tatsächliche) Fehlritte unterstellt wurden, was die Diskussionen weiter anheizte.

Diese (vor allem demoskopisch unterfütterte) Schwäche mündete in den letzten Wochen vor der Wahl in eine bislang ungekannte Dynamik. Der Spitzenkandidat der SPD, Finanzminister Olaf Scholz, wurde in den Umfragen immer populärer und zog seine Partei mit nach oben. Er war zwar schon im August 2020 von seiner Partei als Spitzenkandidat nominiert worden, was aber angesichts des damaligen Zustandes der SPD eher mit mitleidigem Lächeln konstatiert wurde – schließlich war er bei der Wahl zum Vorsitzenden bei einer Abstimmung unter den Mitgliedern unterlegen. Aber kurz vor der Wahl war er der Kandidat, dem die meisten Wähler und auch die eigenen Parteianhänger am ehesten das Amt des Bundeskanzlers zutrauten.

Doch die Kandidaten wie die Parteien gerieten mit sich näherndem Wahltermin in einen Strudel der Volatilität, der genaue Prognosen immer noch schwerer machten. Dazu trug auch die zu erwartende Steigerung der Briefwahl bei. Es war ein Rekordwert an Briefwählern von über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen zu erwarten, ein Trend, der seit Jahren zu verzeichnen war und durch Corona noch deutlich verstärkt wurde. Ab Ende August konnten diese Stimmen abgegeben werden – unklar war, welchen Verlauf dies auf den Wahlkampf und den Endspurt bedeuten würde. Generell war nicht abzusehen, wie

sich der über Monate fehlende direkte Kontakt der Politiker und Parteien mit den Bürgern auswirken würde und welche Rolle umgekehrt die gesteigerte Kommunikation über die klassischen Medien wie online haben würde.

**Je näher der Wahltermin rückte, umso mehr VOLATILITÄT war festzustellen.**

Sicher schien vor der Wahl nur, dass die neue Bundesregierung wieder von einer Koalitionsregierung gestellt werden würde. Dabei hat sich die Anzahl möglicher Kombinationen in den letzten Jahren ohnehin erhöht. In den Ländern regieren mittlerweile sehr unterschiedliche Bündnisse. Ausgeschlossen ist die AfD und war auf Bundesebene bis vor kurzem auch die Linke, aber auch letztere Gewissheit galt in dieser Situation möglicherweise nicht mehr. Vor dem Wahltermin schienen sowohl Koalitionen unter Führung der Union als auch unter Führung der SPD möglich und diese hatte ein Bündnis unter Einschluss der Linken nicht ausgeschlossen.

**Entwicklung der demoskopischen Lage: Wechselhafte Grundstimmung**

Seit der Bundestagswahl vom 24. September 2017 (CDU/CSU: 32,9 Prozent) blieben die Umfragewerte für die Union bundesweit bis Frühjahr 2018 etwa auf diesem Niveau. Im Lauf des Jahres 2018 gingen sie deutlich zurück auf 25 Prozent im Oktober (Infratest dimap). Bis

**Die Bundestagswahl im September 2021 war AUßERGEWÖHNLICH.**

Frühjahr 2019 stiegen sie wieder an, blieben aber meistens unter 30 Prozent und erreichten nicht den Wert der Bundestagswahl 2017. Anschließend gingen sie wieder zurück und lagen im Bereich zwischen 25 Prozent und 28 Prozent (Infratest dimap). Angesichts der schwierigen Regierungsbildung (neue Koalition mit der SPD nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen mit Grünen und FDP im Herbst 2017) waren diese Schwankungen normal – ein Rückgang bei Regierungsparteien in der Mitte der Legislaturperiode ist die Regel. Die SPD, die 2017 auf 20,5 Prozent gekommen war, hatte relativ noch stärkere Rückgänge zu verzeichnen und sank bis auf einen demoskopischen Tiefstwert von 13 Prozent.

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen sorgten bei CDU und CSU wieder für bessere Zahlen: Ab März 2020 war ein Anstieg auf Werte erst um 30 Prozent und ab April 2020 deutlich darüber zu verzeichnen. Infratest dimap ermittelte im Mai 2020 39 Prozent und für den Rest des Jahres meistens Werte von 35 Prozent und 36 Prozent. Ab Ende 2020 gingen die Werte leicht zurück und fielen im März 2021 deutlich unter 30 Prozent. Andere seriöse Institute haben ähnliche Ergebnisse publiziert. Bemerkenswert ist, dass die SPD in dieser Zeit keine Verbesserung zu verzeichnen hatte; sie stagnierte zwischen 14 Prozent und 16 Prozent. Gleichzeitig lagen die Grünen seit Ende 2018 permanent über den Werten der SPD.

Die Kandidatensuche bei Union wie bei Grünen brachten eine neue Dynamik in die Entwicklung. Während die SPD ihren Spitzenkandidaten Olaf Scholz schon im August 2020 nominiert hatte (was sich bislang nicht positiv auf die Umfragewerte ausgewirkt hatte), stellten

Union und Grüne im Frühjahr 2021 ihre Kanzlerkandidaten auf. Bei den Grünen setzte sich Annalena Baerbock gegen Robert Habeck durch, der in der Folge höhere Beliebtheitswerte verzeichnen konnte. In der Union wurde Armin Laschet nominiert, der erst im Januar 2021 in einer Online-Kampfabstimmung knapp den Kampf um den Vorsitz der CDU gewonnen hatte. Der CSU-Vorsitzende Markus Söder, der auch zur Verfügung gestanden hatte, wurde (trotz großer Unterstützung aus den Reihen der CDU) nicht nominiert. Auch seine Beliebtheitswerte lagen in der Folge über denen des Spitzenkandidaten.

#### **Die NOMINIERUNG der Kanzlerkandidaten bei der Union und den Grünen erfolgte relativ spät.**

Nach der Entscheidung um die Kanzlerkandidatur hatten sich die demoskopischen Werte für die Union weiter verschlechtert und sanken auf 23 Prozent, stiegen dann aber wieder auf 28 Prozent an. Dies wäre immer noch ein Wert deutlich unter dem Resultat der letzten Bundestagswahl gewesen, bedeutete aber einen Vorsprung gegenüber allen anderen Parteien. Die Grünen stiegen im Mai noch kurzfristig auf 26 Prozent an, fielen dann aber kontinuierlich weiter zurück. Die SPD stagnierte auf niedrigem Niveau. Der stärkste Profiteur dieser Entwicklung war die FDP, die ab Frühjahr 2021 kontinuierlich über der 10-Prozent-Marke abschnitt, während

AfD und Linke stagnierten oder sogar Verluste zu verzeichnen hatten.

Im August entwickelte sich die Lage in einer bislang nicht gekannten Dynamik. Die Union fiel weiter auf Rekord-Tiefstwerte zurück und wurde von der SPD, die sich von 15 Prozent auf 25 Prozent steigerte, überholt. Auch die Grünen gingen zurück, die FDP blieb auf hohem Niveau, die AfD stagnierte über 10 Prozent und die Linke wurde mit 6 Prozent nur mehr knapp vor der 5-Prozent-Hürde gemessen; der Anteil der „Sonstigen“ Parteien blieb bei 8 Prozent hoch. Aber nicht nur das: Olaf Scholz überholte Armin Laschet in der Popularität und wenige Wochen vor der Wahl wurde mehrheitlich eine von der SPD geführte neue Bundesregierung begrüßt, was schon sehr lange nicht mehr zu verzeichnen war. Die grundsätzlich vorhandene Wechselstimmung zu Ungunsten der Union nahm weiter zu. Gleichzeitig zeichneten sich auch in den Bundesländern deutlich verbesserte SPD-Werte in Umfragen ab, was für die ebenfalls am 26. September stattfindenden Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin einen Wahlsieg der SPD erwarten ließ.

Nach dem CSU-Parteitag am 10./11. September in Nürnberg, bei dem Laschet mit großem Beifall bedacht wurde, stieg seitens CDU und CSU die Hoffnung auf eine Trendwende in den Umfragen, die sich aber bei den meisten Instituten bis zum Wahltag nicht deutlich abzeichnete. Wenige Tage vor der Wahl schien es angesichts der demoskopischen Lage aber am wahrscheinlichsten, dass die Union vor dem Gang in die Opposition stünde. In jedem Fall schien eine Koalition aus drei Parteien unausweichlich zu sein. Selbst ein Vorsprung von CDU und CSU vor der SPD wäre aber keine Garantie dafür gewesen, dass

die Union wirklich eine neue Bundesregierung anführen hätte können. Eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP schien möglich. Sogar ein rot-rot-grünes Bündnis schien denkbar, weswegen CDU und CSU ihre letzten Wahlkampf-aussagen stark darauf fokussierten („Linksrutsch verhindern!“).

#### **Die letzten Wochen vor der Wahl war die demoskopische Lage sehr WECHSELHAFT.**

#### **Das Wahlergebnis und die Konsequenzen: Dreierbündnis ohne Union möglich**

Wie in allen Umfragen bis kurz vor der Wahl landete die SPD auch beim vorläufigen amtlichen Endergebnis mit 25,7 Prozent (205 Mandate) vorne. CDU und CSU zusammen kamen auf 24,1 Prozent (197 Mandate), das bislang schlechteste Ergebnis bei Bundestagswahlen. An Zweitstimmen erhielt die Union 11.178.298. Das war ein Verlust von 4.139.046 Stimmen gegenüber 2017 und bedeutete einen Rückgang um über 27 Prozent. An Erststimmen holte sie 13.239.527, auch das ein Rückgang um etwa 27 Prozent. Potenzielle Koalitionspartner sind zuerst die Grünen (14,8 Prozent und 118 Mandate) sowie die FDP (11,5 Prozent und 92 Mandate), während die AfD (10,3 Prozent und 82 Mandate) von vornherein ausgeschlossen war. Die Linke kam nur auf 4,9 Prozent (bekommt aber wegen der Grundmandateregulierung trotzdem 39 Mandate),

aber ein Bündnis mit ihr wäre aufgrund dieser Werte rein numerisch für SPD und Grüne nicht mehr möglich. Die sonstigen Parteien kamen auf 8,1 Prozent, blieben aber ohne Mandate, während der Südschleswigsche Wählerverband aufgrund einer Sonderregelung im Wahlrecht 1 Mandat erhielt. Die Wahlbeteiligung lag bei 76,6 Prozent und damit etwas höher als 2017. In Bayern lag sie sogar bei 79,8 Prozent.

Die CSU kam in Bayern auf 31,7 Prozent (bundesweit 5,2 Prozent) – immerhin klar über den letzten Umfragen, die sie bei 28 Prozent gesehen hatten, aber das war auch in Bayern das bislang schlechteste Resultat bei Bundestagswahlen. Ein großer Erfolg ist der Gewinn von 45 der 46 bayerischen Direktmandate. Auch da hatten manche Beobachter bis kurz vor der Wahl den Verlust mehrerer Sitze prognostiziert. So wurde wenige Wochen vor der Wahl über den Verlust fast sämtlicher Direktmandate in den Großstädten in Bayern spekuliert. Die SPD kam auf 18,0 Prozent, die Grünen auf 14,1 Prozent, FDP auf 10,5 Prozent, AfD auf 9 Prozent, die Linke auf 2,8 Prozent und die Sonstigen auf 13,9 Prozent (darunter die Freien Wähler mit 7,5 Prozent). Ob die CSU der nächsten Bundesregierung angehört, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Sowohl ein Bündnis der SPD mit Grünen und FDP wäre möglich als auch eines aus Union und diesen beiden Parteien; ebenso eine Fortsetzung der Koalition aus CDU, CSU und SPD. So oder so wird die CSU in einer neu sortierten Union eine wichtige Rolle einnehmen.

Für die SPD bedeutete dieses Ergebnis einen relativen Erfolg. Sie erhielt zwar auch eines ihrer schlechtesten Resultate bei Bundestagswahlen, aber angesichts der lange bei 15 Prozent verhar-

### **Das WAHLERGEBNIS schließt ein rot-rot-grünes Bündnis aus.**

renden Umfragewerte war ihr Anstieg in den Wochen vor der Wahl kaum zu erwarten gewesen. Sie blieb damit vor der Union, die sich immerhin von demoskopischen Tiefstwerten von 19 Prozent bis zum Wahltermin deutlich verbessern konnte. FDP und AfD brachten die angesichts der Umfragen erwartbaren Ergebnisse ein, während die Grünen zwar deutlich besser als 2017 abschnitten, aber angesichts von Umfragewerten, die sich lange Zeit bei 20 Prozent und darüber bewegten, ihr Potenzial offensichtlich nicht ausschöpfen konnten.

Die Linke verpasste sogar die 5-Prozent-Marke und kam aufgrund dreier Direktmandate nur wegen der Grundmandateregel wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag. Damit war eine rot-rot-grüne Regierung nicht mehr möglich. Dies war das Ziel der Schlusskampagne der Union gewesen („Linksrutsch verhindern!“). Die Freien Wähler scheiterten bundesweit mit 2,4 Prozent klar an der 5-Prozent-Hürde, holten aber in Bayern immerhin 7,5 Prozent. Vor allem in Bayern, aber auch in anderen Teilen Deutschlands dürfte dies teilweise zu Lasten von CDU und CSU gegangen sein.

Das Resultat für die Union weist eine ähnliche Struktur wie bei anderen Wahlen der letzten Jahre auf: Unterdurchschnittlich schnitt sie bundesweit laut Infratest dimap bei Arbeitern ab (19 Prozent) und besonders bei Angestellten (19 Prozent, dort mit starken

Verlusten). Bei den Arbeitslosen holte sie 14 Prozent, bei den Rentnern überdurchschnittliche 34 Prozent, was aber auch einen Verlust von 7 Prozentpunkten gegenüber 2017 bedeutete. Lediglich bei Beamten und Selbständigen konnte ein etwas überdurchschnittliches Ergebnis erzielt werden (laut FG Wahlen 28 Prozent bzw. 29 Prozent). In den Altersgruppen kam sie laut Forschungsgruppe Wahlen bei den unter 30-Jährigen nur auf 11 Prozent (hinter Grüne, FDP und SPD), den 30-44-Jährigen auf 19 Prozent, den 45-59-Jährigen auf 24 Prozent und bei den über 60-Jährigen auf 34 Prozent. In keiner Altersgruppe war sie stärkste Partei, bei den älteren Wählern wurde sie noch von der SPD überholt.

In den Bildungsgruppen hat sie laut FG Wahlen am stärksten bei den Wählern mit Hochschulreife sowie mit Studium verloren. Dort kam sie noch auf 20 Prozent bei einem Verlust von 10 beziehungsweise 11 Prozentpunkten. Die Verluste der Union gingen laut Infratest dimap in alle Richtungen: Am meisten verlor sie an die SPD mit 1,53 Millionen Stimmen. An die Grünen verlor sie 920.000 Stimmen, 490.000 gingen an sonstige Parteien. An die FDP musste sie ebenfalls 490.000 Stimmen abgeben und 50.000 Stimmen gingen an die Nichtwähler. Lediglich von der AfD konnte sie netto 80.000 Stimmen gewinnen, zusätzlich 20.000 von der Linken. Dies deutet auf eine breite Mobilisierungsschwäche hin, die sich nicht nur auf eine politische Richtung erstreckt. Hinzu kommt die Überalterung der Wählerschaft. Laut Infratest dimap verstarben 1.100.000 Unionswähler von 2017, die nur durch den Gewinn von 210.000 Jungwählern ersetzt werden konnten. Es blieb also ein Nettoverlust von 890.000 Stimmen an den Generationenwechsel.

Die SPD musste zwar 260.000 Stimmen an die Grünen und 120.000 Stimmen an sonstige Parteien abgeben, gewann aber dafür von allen anderen Parteien Stimmen hinzu. Außerdem war ihr Verlust an den Generationenwechsel mit 380.000 nur halb so groß wie der bei der Union. Die AfD verlor auf breiter Front, konnte aber 90.000 Stimmen von der Linken abziehen. Die Liberalen profitierten von Zugewinnen von der Union, aber auch von AfD und Die Linke. Die Linke verlor in alle Richtungen, während bei den Grünen Zuwächse aus allen Richtungen zu verzeichnen waren – neben den 930.000 Stimmen von der Union 480.000 von der Linken und 260.000 von der SPD.

In allen Kompetenzbereichen musste die Union Verluste verzeichnen (Infratest dimap): Kriminalitätsbekämpfung 35 Prozent (-15 Prozent), Wirtschaft 32 Prozent (-25 Prozent), Außenpolitik 32 Prozent (-17 Prozent), Gesundheitspolitik 24 Prozent (-8 Prozent), Asyl- und Flüchtlingspolitik 23 Prozent (-15 Prozent), Steuerpolitik 21 Prozent (-14 Prozent) und Altersversorgung 20 Prozent (-10 Prozent). Die SPD lag in den Bereichen Steuerpolitik, Altersversorgung, Angemessene Löhne und soziale Gerechtigkeit deutlich vor der Union (dort 40 Prozent zu 15 Prozent). Dies ist deswegen bedeutend, weil dieses Thema von allen Befragten als wichtigstes genannt wurde (28 Prozent).

### **Die Union hat die WÄHLERRELEVANTEN Themen zu wenig bespielt.**

Es folgten Umwelt/Klima mit 22 Prozent, Wirtschaft/Arbeit mit 22 Prozent und Umgang mit Corona mit 7 Prozent.

Offenbar wurden diese Themen in dieser Relevanz und Reihenfolge seitens der Union nicht adäquat berücksichtigt. Allerdings hatte schon eine GMS-Umfrage der Hanns-Seidel-Stiftung vom Frühjahr 2021 festgestellt, dass dies neben Corona das wichtigste Themenfeld für die Befragten war: Dort nannten unter den für die Wahlentscheidung relevanten Themen 85 Prozent die erfolgreiche Bekämpfung der Corona-Pandemie, 84 Prozent Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit und 80 Prozent erfolgreiche Maßnahmen zum Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft.

Wahrscheinlich wird nach dieser Bundestagswahl erstmals ein Regierungsbündnis aus drei Parteien gebildet. Eine rot-rot-grüne Regierung ist rechnerisch nicht möglich und dies war möglicherweise der größte Erfolg der Wahlkampagne der Union, die am Ende des Wahlkampfes (auch in der Plakatierung) damit warb, einen „Linksrutsch“ zu verhindern. Eine erneute Koalition aus CDU, CSU und SPD wäre möglich, aber politisch kaum vorstellbar. Anders als 2017 bieten sich zwei realistische Möglichkeiten an: Eine Koalition mit den Partnern Grüne und FDP – angeführt entweder von SPD oder CDU und CSU. Angesichts des Vorsprungs der SPD dürfte eine von ihr angeführte Koalition zunächst im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen, zumal diese auch in den Umfragen vor der Wahl die von den Wählern am stärksten präferierte Konstellation war.

Unabhängig vom Ausgang dieser Verhandlungen wird der Verlauf des Wahlkampfes und der Ausgang der Wahl noch lange für Diskussionen sorgen. Anders als bei vielen Bundestagswahlen in der

### Der Wahlkampf wurde von einer **THEMENPLURALITÄT** mit wechselnder Relevanz bestimmt.

Vergangenheit wurde diese Wahl nicht von einem Thema dominiert. Bis zuletzt standen mehrere Themen auf der Agenda, deren Relevanz sich immer wieder verschoben hat. Nach dem Rückgang der Bedeutung des Themas Migration nach der Bundestagswahl 2017 wurden im Laufe des Jahres 2019 die Themen Umwelt und Klima immer bedeutender. Im Zuge der „Fridays-for-Future“-Demonstrationen stiegen die demoskopischen Werte für die Grünen stark an. Zu dieser Zeit hätte eine Bundestagswahl wohl zu einer schwarz-grünen Bundesregierung geführt, da die Grünen wegen der Schwäche der SPD mit dieser keine Machtperspektive gehabt hätten.

Hätte die Bundestagswahl Ende 2020 oder Anfang 2021 stattgefunden, dann hätte die Union wegen ihrer Erfolge in der Bundesregierung (und nicht zuletzt der Bayerischen Staatsregierung) bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie zu dieser Zeit auch eine klassische bürgerliche Koalition mit der FDP eingehen können; ein Bündnis mit den Grünen wäre ohnehin möglich gewesen. Nach dem Ende des Corona-Lockdowns brachten die Überschwemmungen im Juli 2021 einen Anstieg der Bedeutung der Klimathematik, ohne dass die anderen Themen aus der Agenda verschwunden wären. Schließlich bekam das Thema Soziale Gerechtigkeit immer mehr Momentum.

Von dieser Pluralität der Themen profitierten zunächst eher die Oppositionsparteien Grüne und FDP (vielleicht auch Kleinparteien wie die Freien Wähler), mit näher rückendem Wahltermin dann aber vor allem die SPD, die ihre Kompetenzwerte insbesondere in den Themenfeldern um die Soziale Gerechtigkeit verbessern konnten. Eine inhaltliche Themenführerschaft in den meisten dieser relevanten Felder konnte die Union nicht mehr aufbauen.

Hinzu kommt die Frage nach dem Personal. Sowohl bei der Union wie bei den Grünen wurde kurze Zeit nach der Entscheidung für die jeweiligen Spitzenkandidaten im April 2021 deutlich, dass ihre jeweiligen Rivalen in den Umfragen besser abschnitten. Zwar sind solche Daten hypothetisch, da nur die nominierten Kandidaten auch als mögliche Kanzler präsentiert wurden und daher stärker im Mittelpunkt harter Auseinandersetzungen mit der Konkurrenz stehen. Dennoch wirkte die starke Differenz in der Bewertung von Robert Habeck gegenüber Annalena Baerbock einerseits und Markus Söder gegenüber Armin Laschet andererseits immer verstörender auf große Teile der Wählerschaft. Dies hatte zur Folge, dass kurz vor dem Wahltermin der SPD-Kandidat immer mehr aufholen konnte und insgesamt positiv bewertet wurde, während Baerbock und Laschet eher negativ beurteilt wurden. Damit hat Olaf Scholz wohl auch die Werte der SPD mit nach oben gezogen, die lange Zeit von den Demoskopen noch weit unter dem schlechten Resultat von 2017 bewertet worden war. Auch in den gleichzeitig stattfindenden Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hat die SPD davon profitiert.

Nicht nur bei den Grünen, sondern sicher auch bei CDU und CSU wird die

inhaltliche und personelle Strategie für die Bundestagswahl intensiv diskutiert werden. Hätte ein anderer Spitzenkandidat ein besseres Ergebnis erzielt? Hätte eine andere thematische Schwerpunktsetzung im Wahlkampf versucht werden sollen? Die Grünen können diese Diskussion immerhin aus einer Position der Stärke herausführen. Sie haben zugelegt (wenn auch bei weitem nicht so viel wie erhofft) und können sich mit den Liberalen einen Koalitionspartner aussuchen. Bei der Union könnte die Lage eintreten, dass diese Diskussion aus der Opposition heraus geführt werden muss.

Aber der Blick zurück auf 1998 zeigt: Nach dem Ende der Ära Helmut Kohl und dem Gang in die Opposition folgte 2002 die Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers für die Union, die mit einem hervorragenden Ergebnis nur knapp scheiterte. Im Jahr darauf holte die CSU in Bayern bei der Landtagswahl einen historischen Sieg und eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Mandate. Vielleicht bedeutet das Ende der Ära Merkel für die Union und vor allem für die CSU einen Schritt in eine neue Welt, die andere Chancen für die Zukunft eröffnet. ///



/// DR. GERHARD HIRSCHER  
ist Leiter der Stabsstelle Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung, Wahlforschung in der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Der Weg in die Zukunft der Arbeit

## ARBEITSWELT 4.0

**ALEXANDER PINKER** /// Durch Corona wurde die Arbeitswelt in die Zukunft katalysiert. Unternehmen mussten neue Konzepte für Telearbeit und Kollaboration erarbeiten und dazu braucht es ein Umdenken und eine Offenheit für die Arbeitswelt 4.0. Dieser Artikel soll motivieren, neue Wege zu gehen – durch neue Modelle, Gamification und Kommunikation.

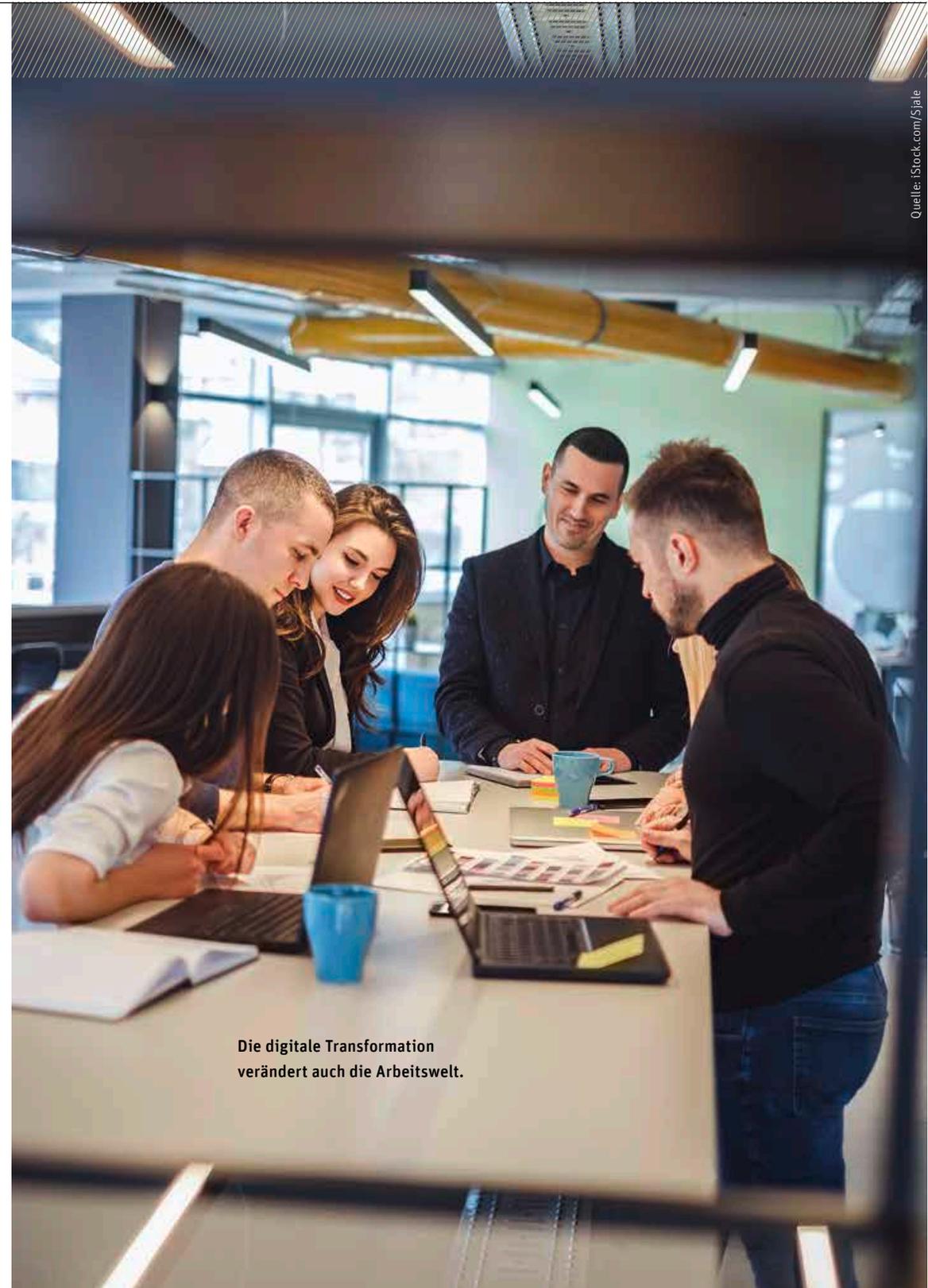
### Die Arbeitswelt von morgen

Die digitale Transformation hält Einzug in die meisten Unternehmen und Branchen. In Zeiten des Wandels liest man dabei häufig von der sogenannten VUCA-Welt. VUCA steht dabei für Volatility, Uncertainty, Complexity and Ambiguity. Reflektiert man die eigene Unter-

nehmenssituation, fällt schnell auf, dass offenbar jedes Unternehmen vor diesen Herausforderungen steht. Doch was kann man tun? Um sich auf die Zukunft vorzubereiten und die Mitarbeiter in die Arbeitswelt von morgen mitnehmen, gilt es, die Angst vor diesen Worten abzubauen und die Chancen hinter der VUCA Welt zu erkennen.

In einer Welt, die durch den Wandel enorm beschleunigt und in vielen Teilen ungewiss ist, müssen sich Führungskräfte mit der neuen Realität abfinden beziehungsweise diese gestalten. Sie können die Zukunft für die nächsten zehn Jahre nicht mehr vorhersagen. Strategien und Prozesse müssen daher flexibel und dy-

**Die digitale Transformation erfordert ein UMDENKEN in der Arbeitswelt.**



**Die digitale Transformation verändert auch die Arbeitswelt.**

Abbildung 1: Die vier Bausteine der VUCA-Welt



Quelle: Alexander Pinker, angelehnt an Transformations-Magazin.

namisch werden, damit sich das Unternehmen langfristig auf dem Markt behaupten kann. Ziel einer guten, innovativen Führungskraft muss es daher sein, die kontinuierliche Innovation zu suchen und gleichzeitig die VUCA-Welt als Chance für ihr Unternehmen und ihre Mitarbeiter aufzufassen. Sie müssen, gemeinsam mit ihren Mitarbeitern Veränderungen initiieren und vorantreiben.

Gerade seit der Pandemie wurde der Fokus auf die Arbeitswelt von morgen noch stärker. Selten waren neue und digitale Skills gefragt. Selten mussten sich Unternehmen einer wahren Disruption stellen, keiner menschengemachten, sondern einer situationsgegebenen Veränderung. Doch der verzweifelte Versuch, den

vorherigen Status quo aufrechtzuerhalten, ist der falsche Ansatz. Vielmehr sollten wir die aktuelle Situation als Möglichkeit begreifen, uns neu zu erfinden.

Zum ersten Mal seit Aufkommen der virtuellen Teams und des digitalen Arbeitens sind die Tools zur digitalen Zusammenarbeit nicht nur ein Nice-to-Have, sondern werden ein zentrales Instrument, um effektiv arbeiten zu können. Was die Mitarbeiter und Teams gerade über das Remote-Arbeiten lernen, erweitert ihren Horizont und ermöglicht ihnen, auch in der Zeit nach der Corona-Krise, effizient und produktiv zu arbeiten. Unternehmer dürfen nicht den Fehler machen, das Gelernte zu vergessen. Sie müssen es vielmehr im

Alltag leben und anwenden, damit die Mitarbeiter auch weiter die neuen Werkzeuge nutzen und ihr Wissen kontinuierlich erweitern. Führungskräfte müssen also die Leute motivieren, offen aufeinander zuzugehen und weiter kollaborativ und transparent zu arbeiten. Das ist keine leichte Aufgabe, doch der Weg hin zu hybriden Arbeitsmodellen und neuen Möglichkeiten ist eine Chance, die man sich als Unternehmer und als Arbeitgeber nicht entgehen lassen darf.

**HYBRIDE Arbeitsmodelle bieten neue Möglichkeiten und Chancen.**

#### Management zwischen Home-Office und Büro

Mitten in der Veränderung unseres Unternehmensalltags und Managements tobt eine Diskussion über den Arbeitsplatz der Zukunft. Während die einen sich das Büro zurück ersehnen, sehen andere das Home-Office als Grundvoraussetzung für einen Arbeitsplatz. Doch die Wahrheit liegt, wie so häufig, in der Mitte. Hybride Arbeitsmodelle sind eine Chance für die Arbeitswelt der Zukunft. Dies erfordert jedoch nicht nur eine entsprechende Organisationsstruktur, sondern auch ein flexibles Management und selbständige Mitarbeiter.

Seit COVID-19 hat sich die Art, wie wir arbeiten, verändert. Von Home-Office über die zunehmende Bedeutung der Automatisierung kann man hier einige Faktoren aufzählen, die aus dem Nichts auf die Arbeitnehmer zukamen. Doch

dieser Wandel wird, so eine aktuelle Studie von McKinsey, langfristig die Art, wie wir arbeiten, verändern.<sup>1</sup> Die von der Unternehmensberatung durchgeführte Umfrage mit 800 Führungskräften aus verschiedenen Nationen zeigt, dass sich durch die Pandemie viele Arbeitsplatz-Trends beschleunigt haben und nun langfristig Einzug in die Büros und Fabriken halten werden. Besonders die virtuelle Zusammenarbeit im Home-Office war hier ein zentrales Thema. Auch wenn Remote Work schon vor COVID-19 ein Thema war, hat es in den letzten Monaten eine ganz andere Bedeutung bekommen. 10 Millionen Mitarbeiter wurden während Corona mit Laptops und anderen digitalen Werkzeugen ausgestattet und in die eigenen vier Wände geschickt, um ihrem Arbeitsalltag nachzugehen. Eine anfängliche Herausforderung mit viel Potenzial. So sehen es auch die befragten Führungskräfte, die das virtuelle Arbeiten als festen Bestandteil der Arbeitswelt 4.0 sehen. Sie erwarten, dass ein Zehntel ihrer Mitarbeiter auch künftig zwei oder mehr Tage pro Woche im Home-Office arbeiten wird.

Um jedoch die optimale Harmonie zwischen analoger Arbeit und virtuellen Kollegen zu nutzen, braucht es ein Verständnis der beiden Arbeitsformen. In einem analogen Team werden schneller soziale Kontakte geknüpft und man ist kooperativer und kollaborativer. Durch die Arbeit vor Ort kann es zum effizienten Austausch und zur besseren Kommunikation kommen. Auch das gemeinsame Lösen von Problemen steht hier im Vordergrund, da man einfacher um Hilfe bitten kann. Doch wieso dann überhaupt mit virtuellen Teams anfangen? Sie sind die Antwort auf die Anforderung an Unternehmen, sich in der VUCA-Welt zu be-

hauptein. Ein virtuelles Team ist eine Gruppe von Menschen, die zusammenarbeiten, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, indem sie voneinander abhängige Aufgaben über zeitliche und örtliche Grenzen hinweg durchführen. So kann man mit Experten aus aller Welt zusammenarbeiten und internationale Fachkräfte in die Firma bringen. Virtuelle Teams bringen Geschwindigkeit und Diversifikation in die Unternehmen und in Kooperation mit den Teams vor Ort können virtuelle Teams einzigartige Ergebnisse liefern.<sup>2</sup>

### **Eine KOOPERATION von Teams vor Ort und virtuellen Teams ist optimal.**

Um das Optimum aus beiden Welten mitzunehmen, müssen Unternehmer jedoch aktiv werden. Es braucht klare Strukturen und Ziele, damit jeder im Team versteht, warum die Gruppe überhaupt zusammenarbeitet und welche Prozesse dafür notwendig sind. Die Bedeutung der Arbeit muss hervorgehoben werden. Es muss sowohl den Kollegen im Büro als auch denen im Home-Office klarwerden, dass ihre Arbeit auch persönlich wichtig ist. Studien zufolge hat dies positive Auswirkungen auf die Mitarbeiter, das Unternehmen und die Kunden. Manager müssen den Mehrwert und die Vision des gemeinsamen Projekts sowohl analogen als auch virtuellen Teammitgliedern zeigen und ihnen verdeutlichen, wann es Sinn macht, gemeinsam vor Ort zu sein und wann Ar-

beiten im Home-Office einen Mehrwert bringt. Beispiele aus einigen der erfolgreichsten Unternehmen unserer Zeit zeigen, wie man diese hybriden Arbeitsmodelle angehen kann.

### **Salesforce**

Salesforce ist seit vielen Jahren ein Name, der in einem Atemzug mit den großen Tech-Giganten unserer Zeit genannt wird. Sie haben schon früh das Cloud-Computing und die Geschäftsanwendungen in Unternehmen geprägt und geholfen, die Digitalisierung voranzutreiben. Nun widmen sie sich einer neuen Art des Arbeitens, geprägt von der Corona-Pandemie. In einem aktuellen Blogartikel veröffentlicht die Cloud-Computing Firma, dass der 9-to-5-Arbeitstag tot sei und die Mitarbeiter nun die Wahl haben, ihre Arbeit individuell zu gestalten. Speziell können sie aus drei Möglichkeiten wählen, wenn COVID-19 seinen festen Griff etwas gelockert hat. Sie können entscheiden, ob überhaupt, wie oft und wann sie ins Büro zurückkehren.<sup>3</sup>

Außerdem bekommen die Salesforce-Mitarbeiter in Zukunft mehr Freiheiten, was die Gestaltung ihres Arbeitstages angeht, um Agilität und Kreativität zu fördern. Diese neue Arbeitskultur spiegelt sich auch in vielen anderen Meldungen aus aller Welt wider, die nach Jahren des Arbeitens im Büro nun bereit sind, neue Wege zu gehen und die Mitarbeitererfahrung in den Vordergrund zu stellen. Die neue Strategie von Salesforce wurde gemeinsam mit den Mitarbeitern entwickelt und soll ihnen die Werkzeuge an die Hand geben, ihren Arbeitstag selbständig und individuell zu gestalten, damit sie möglichst produktiv und zufrieden in den Berufsalltag starten können.

### **Google**

Nachdem im April 2021 die ersten Mitarbeiter teilweise zurück in die Büros zogen, hat der Tech-Gigant nun offiziell ihre zukünftige Arbeitsweise bekanntgegeben. CEO Sundar Pichai sagte dabei, dass das Unternehmen in Zukunft eine hybride Arbeitswoche einführen möchte.<sup>4</sup> Nach ersten Pilotprojekten werden in Zukunft die meisten Mitarbeiter ungefähr drei Tage die Woche außerhalb des Büros arbeiten und die anderen zwei Tage „dort, wo sie am besten arbeiten“, sein. Ob dies nun die schicken Büros von Google sind oder nicht, bleibt hierbei offen. Es hängt, so das Unternehmen, sehr stark vom aktuellen Projektschwerpunkt der Mitarbeiter ab und soll ihnen möglichst hohe Flexibilität ermöglichen. Die Angestellten können sich nun auch, wenn sie das möchten, zur Arbeit in einem anderen Büro und Standort des Konzerns bewerben.

Die Bedürfnisse des Teams und die möglichst hohe Dynamik stehen dabei im Fokus der Überlegungen. Pichai schätzt, dass mit den vorgestellten Änderungen etwa 60% der Belegschaft wenigstens an einigen Tagen im Büro arbeiten werden. Diese Entwicklungen zeigen, wie man mit der Arbeitswelt 4.0 und der Zukunft der Arbeit umgehen kann. Gleichzeitig erfordert ein solches Vorgehen ein völlig neues Skillset bei den Mitarbeitern, welches erst gestaltet werden muss.

### **GOOGLE führt die hybride Arbeitswoche mit freier Standortwahl ein.**

### **Kompetenzen für die Zukunft**

Die Arbeitswelt von morgen wird eine andere sein. Um in dem beschriebenen neuen beruflichen Umfeld bestehen zu können, braucht es neue Fähigkeiten. Nicht alle Mitarbeiter müssen dafür IT-Spezialisten werden. Doch mit der zunehmenden Automatisierung wird eines immer deutlicher. Der Mensch muss sich auf bestimmte Fähigkeiten fokussieren, um nicht von der Maschine überholt zu werden. Die University of Phoenix hat für diese neue Arbeitswelt die wichtigsten Fähigkeiten zusammengetragen und diese fünf Bereiche besonders hervorgehoben:<sup>5</sup>

### **Kritische Reflexion**

Auch wenn man sagt, dass Maschinen viele standardisierte Prozesse übernehmen und kollaborativ mit den Menschen zusammenarbeiten werden, gibt es noch immer Aufgaben, die dem Menschen überlassen sind. Besonders das kritische Denken gehört hier dazu. Während die Künstliche Intelligenz und Robotik standardisierte Prozesse problemlos übernehmen, muss der Mensch den Sinn hinter den Prozessen erkennen und erarbeiten. Aufgabe des Menschen in der Berufswelt der Zukunft ist es daher, Dingen tiefere Bedeutung oder Wichtigkeit beimessen zu können und so Prioritäten zu definieren.

### **Soziale Intelligenz**

Roboter sind immer einsatzbereit, werden nie müde und sind stets motiviert, doch besitzen sie eine relevante Fähigkeit der Arbeitswelt nicht: soziale Intelligenz. Die Beurteilung von Gefühlen, Befindlichkeiten und Stimmungen des Gegenübers und eine angemessene Reaktion darauf sind auch in den nächsten 10 bis 15 Jahren eine Kernfähigkeit des

Menschen. Um wirklich neue Geschäftsbeziehungen aufzubauen und kollaborativ miteinander zu arbeiten, braucht es eine Vertrauenskultur. Diese Aufgabe wird in Zeiten der Automatisierung immer wichtiger und ist ein zentraler Treiber für den Wandel.

### Adaptives Denken

Auch wenn es oft so wirkt, als seien Maschinen kreativ, ist es nur eine Abfolge logischer Entscheidungen. Doch in gewissen Situationen braucht es Flexibilität und Kreativität. Die Fähigkeit, auf unerwartete Situationen zu reagieren, wird auch in Zukunft in den Händen des Menschen liegen. Wenn es also um Lösungen und Antworten abseits von routinemäßigen und regelbasierten Umständen geht, kommt der Mensch zum Tragen und das in allen Bereichen, vom Management bis zur Logistik.

### Daten-Kompetenz

Täglich produzieren wir eine Unmenge an Daten. Mit dem Internet der Dinge und der Künstlichen Intelligenz vor der Tür steigt die Bedeutung von Daten exponentiell. Um sich in diesem Meer an Informationen nicht zu verlieren und den Anforderungen gerecht zu werden, muss man die Kompetenz besitzen, sinnvolle Informationen zu extrahieren. Data Scientists und Data Analysts werden in der Arbeitswelt der Zukunft immer mehr gebraucht und jeder Mitarbei-

**Jeder Mitarbeiter braucht zukünftig DATEN-KOMPETENZ.**

ter sollte grundsätzliche Daten-Kompetenzen entwickeln.

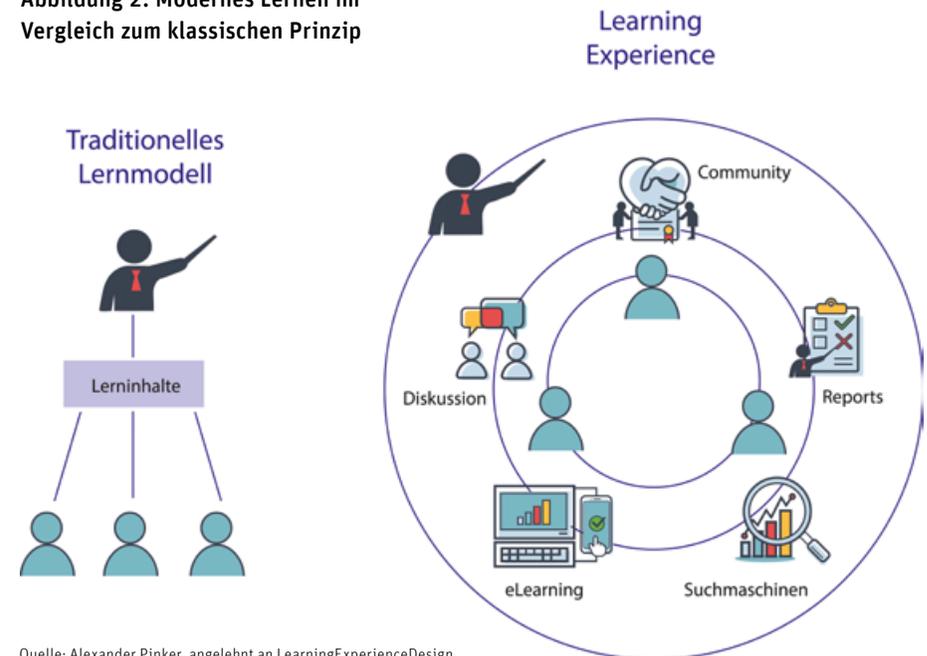
### Interdisziplinarität

Die wohl wichtigste Fähigkeit für die Zukunft ist ein interdisziplinäres Arbeiten. Die Aufgabenstellungen der Zukunft werden vielseitig und bereichsübergreifend sein. Es reicht nicht mehr, die Mitarbeiter und Fachkräfte in Generalisten und Spezialisten zu unterteilen. In Zukunft müssen die Mitarbeiter vielseitig aufgestellt sein. Wir Menschen sind zu diesen beschriebenen Fähigkeiten von Natur aus fähig. Wenn wir die Technologie daher langfristig als Werkzeuge betrachten und nicht als Konkurrenz und durch gezielte Reflektion neue Möglichkeiten suchen, unser Arbeiten effizienter und effektiver zu gestalten, können wir die Zukunft aktiv formen. Doch dafür braucht es eine Bereitschaft zum lebenslangen Lernen.

### Lebenslanges Lernen und Learning Journeys

Das Lernen in der alltäglichen Berufspraxis und im Alltag reicht heute längst nicht mehr aus, um den neuen Aufgaben im Beruf gerecht zu werden. Man muss neue Wege gehen, um sich mit Automatisierung, Transformation und smarten Logistikprozessen zu beschäftigen. Tut man es nicht, wird man schnell abgehängt. Es braucht ein „lebenslanges Lernen“. Das lebenslange Lernen hat in den letzten Jahrzehnten immer mehr Aufmerksamkeit erhalten und wurde besonders durch die Europäische Kommission gefördert. Um auch in Zukunft als Land, Unternehmen und Individuum aktiv die Zukunft mitzugestalten und um fehlende Qualifizierungen zu minimieren, haben es sich viele Unternehmen zur Aufgabe gemacht, ihren

Abbildung 2: Modernes Lernen im Vergleich zum klassischen Prinzip



Quelle: Alexander Pinker, angelehnt an LearningExperienceDesign.

Mitarbeitern den Weg in eine zukunftsorientierte Arbeitswelt zu ebnet.

Damit diese Art des Lernens nicht nur Früchte trägt, sondern auch Spaß macht, braucht es in den Unternehmen einen Fokus auf die Art der Weiterbildung. Heute spricht man in der unternehmensinternen Bildung vom „Learning Experience Design“ (LXD). Das Konzept verbindet die unternehmensinternen Inhalte mit modernen analogen und digitalen Methoden, die dazu beitragen, die Lernenden individuell und maßgeschneidert anzusprechen. Wichtig ist dabei: In einer modernen Lernkultur verschmelzen Lernen und Arbeiten. In der zeitgemäßen Mitarbeiterbildung versuchen Unternehmen, die entworfene Lernerfahrung so nah wie möglich an den Arbeitsplatz zu bringen. LXD folgt dabei folgenden Prinzipien:

- Es ist ein ganzheitlicher, interdisziplinärer Ansatz.
- Die Lernerfahrungen sind darauf ausgelegt zu unterhalten, zu motivieren und praxisnah zu sein.
- Der Fokus liegt sowohl auf Content als auch auf der Nutzererfahrung.
- Erfahrungslernen ist das Herzstück der Weiterbildung.
- Es wird ein mitarbeiterzentrierter Ansatz verfolgt.<sup>6</sup>

Das Learning Experience Design berücksichtigt die Realitäten der Lernenden, einschließlich der Umgebung, in der sie lernen, und nutzt die passenden Kommunikationsinstrumente, Gamification-Methoden (Einsatz spieltypischer Elemente in einem spielfremden Kontext) und Technologien zur Vermittlung. Zum Einsatz dieser Instrumente müssen

## Die Arbeitswelt 4.0 erfordert LEBENSLANGES Lernen.

alle Elemente optimal kombiniert werden und an die individuellen Anforderungen des Lernenden angepasst sein. Unternehmen müssen aber auch an die Motivation der Mitarbeiter denken. Sei es das Sammeln von Punkten für die erledigte Weiterbildung oder das spielerische und kollegiale gegeneinander Anstreben – Individualität, Spaß und Praxisbezug sind der Schlüssel zum Erfolg.

Wenn Unternehmen herausgefunden haben, welches Problem sie für den Lernenden lösen möchten, wenn sie ein klares Ziel definiert haben, welches die Firmen an ihre Mitarbeiter kommunizieren möchten, und wenn sie aus den Erfahrungen kontinuierlich selbst lernen, dann steht der Zukunft des Arbeitens, dem lebenslangen Lernen und einer zukunftsgerichteten Kommunikation nichts mehr im Weg.

### Kommunikation des Wandels

Die Zukunft der Arbeit funktioniert nicht ohne die Mitarbeiter. Um ein Unternehmen wirklich voranzubringen, neue Produkte oder Prozesse zu etablieren oder den Markt zu verändern, braucht es ein gutes und eingespieltes Team. Ein Problem, welches viele Unternehmen jedoch haben, ist, dass eine Vielzahl ihre Mitarbeiter häufig von dem Wandel, der in den Abteilungen und Teams stattfindet, nichts mitbekommt und anschließend eher abweisend auf die zukunftsweisenden Prozesse oder Ar-

beitsmodelle reagiert. Es braucht daher eine gute interne Kommunikation, um die neuen Strategien der Arbeitswelt 4.0 und die innovativen Vorhaben voranzubringen. Der Schlüsselfaktor zum Erfolg ist eine transparente Unternehmenskultur. Diese schafft man durch eine durchdachte interne Kommunikation. Dabei braucht es eine inspirierende Nutzung der verschiedenen Mediengattungen und Kommunikationsinstrumente, um das gesamte Unternehmen mit auf eine Reise in die Zukunft zu nehmen.

Man muss, wenn es um die Arbeitswelt von morgen geht, über den eigenen Tellerrand hinausschauen. Das kann innerhalb des Unternehmens schon damit beginnen, dass man aus dem eigenen Fachbereich herauskommt und sich mit anderen Kollegen unterhält, um bessere Einblicke in deren Arbeit, aber auch deren Umgang mit der neuen Arbeitssituation zu erhalten. Regelmäßiger Austausch geht hierbei über Tools wie Microsoft Teams, das eigene Intranet oder bei extra dafür geplanten (virtuellen) Events. Es sollte jedoch auch eine zentrale Plattform geben, wo über neue Ideen gesprochen werden kann. Ein Bereich, wo sich Kollegen mit ihren Aufgaben und Vorschlägen austauschen können und wo es zu notwendigen Diskussionen kommt. Dies sind Garanten, um neue Ideen für die Arbeitswelt von morgen zu entfachen.

### Vertrauenskultur für die Arbeitswelt 4.0

Die Situation, in der wir uns gerade befinden, ist für viele Mitarbeiter und Unternehmer noch sehr ungewiss und vielleicht auch etwas beängstigend. Die Kollegen haben zu Recht erstmal Berührungspunkte mit den neuen Prozessen und Werkzeugen und müssen diese erst besser kennenlernen. Nicht jeder Mitar-

beiter ist risikofreudig und offen für Neuerungen. Um einen wirklichen Wandel im Unternehmen voranzubringen, muss Vertrauen aufgebaut werden. Mitarbeiter und Abteilungen müssen ihre Meinung und ihre Ideen äußern dürfen, wie man es bei den Beispielen von Salesforce und Google gelesen hat. Sie müssen Fragen zu den Möglichkeiten und Ansätzen stellen dürfen, ohne Angst zu haben, vor ihrem Chef oder ihren Kollegen dumm dazustehen.

In der internen Kommunikation sollte daher regelmäßig die Diskussion gesucht werden. Geschäftsführer, Manager und Abteilungsleiter müssen ihre Teams motivieren, das zu fragen, was sie beschäftigt. Je mehr sich Menschen mit einer neuen Idee auseinandersetzen, umso offener werden sie über die Zeit dafür. Wenn Mitarbeiter merken, dass ihre Fragen, die sie in der internen Kommunikation stellen, aufgegriffen und umgesetzt werden, nähern sie sich schneller einem neuen Arbeitsmodell oder neuen Werkzeugen und Möglichkeiten an.

### Ein Appell für die Zukunft der Arbeit

Die Arbeitswelt 4.0, ausgelöst durch die digitale Transformation, die Pandemie und die veränderten Verhaltensweisen der Mitarbeiter, erfordert ein Umdenken. Der Wandel stellt uns vor große Herausforderungen, doch die Chancen,

die wir aktuell für uns entdecken und zu nutzen lernen, sind immens.

Manager, Gründer und Geschäftsführer müssen daher gemeinsam mit ihren Mitarbeitern voranschreiten und die neuen Fähigkeiten und Möglichkeiten einsetzen und aktiv weiterentwickeln. Dafür braucht es ein offenes Ohr für die Anforderungen der Angestellten, die Fähigkeit der Reflexion und das willentliche Verlassen von traditionellen und erprobten Pfaden. Wenn wir alle gemeinsam anpacken, wenn wir die Harmonie aus Tradition und Moderne, aus Mensch und Maschine finden, sind wir bereit für die Zukunft der Arbeit, die schon begonnen hat, weiterzuführen. ///

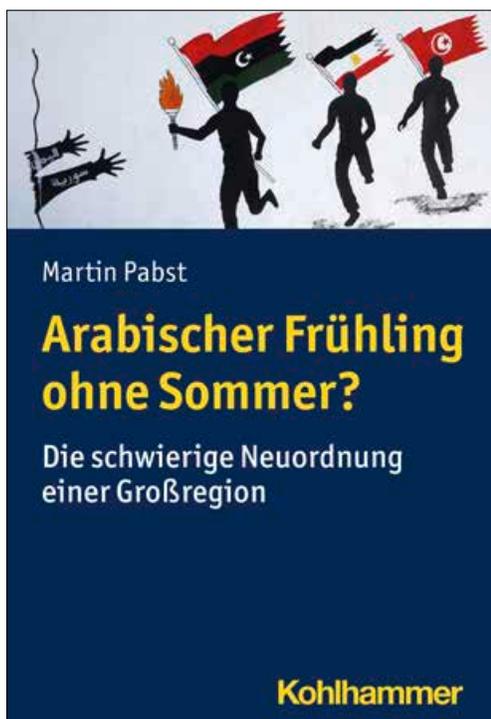


/// ALEXANDER PINKER  
ist Innovation-Profilier und Future Strategist,  
München.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> McKinsey Company: What 800 executives envision for the post-pandemic workforce, New York 2020.
- <sup>2</sup> Norwich University: 4 Challenges of Virtual Teams and How to Address Them, <https://online.norwich.edu/academic-programs/resources/challenges-of-virtual-teams>, Stand: 10.11.2020.
- <sup>3</sup> Salesforce: Creating a Best Workplace from Anywhere, for Everyone, <https://www.salesforce.com/news/stories/creating-a-best-workplace-from-anywhere>, Stand: 9.2.2021.
- <sup>4</sup> Google Inc.: A hybrid approach to work, <https://blog.google/inside-google/life-at-google/hybrid-approach-work>, Stand: 5.5.2021.
- <sup>5</sup> Institute of the Future, University of Phoenix: Future Work Skills 2020, Arizona 2020.
- <sup>6</sup> eLearningIndustry: Learning Experience Design: What You Need To Know, <https://elearningindustry.com/learning-experience-design-what-you-need-know>, Stand: 18.7.2018.

Für die Akzeptanz von Neuerungen  
braucht es eine **VERTRAUENSBLDENE**  
offene Unternehmenskommunikation.



Pabst, Martin: Arabischer Frühling ohne Sommer? Stuttgart: W. Kohlhammer-Verlag 2021, 319 Seiten, € 32,00.

/// Zehn Jahre später ...

## WAS IST AUS DEM ARABISCHEN FRÜHLING GEWORDEN?

Dezember 2020/Januar 2021 jährte sich der Beginn des „Arabischen Frühlings“ zum zehnten Mal. Pünktlich dazu erschien am 13. Januar 2021 das Buch „Arabischer Frühling ohne Sommer?“ des Münchner Politikwissenschaftlers und Publizisten Martin Pabst. Auf 319 Seiten widmet sich die-

ser der komplexen Thematik des Umbruchs in der MENA-Region, welchen er von Beginn an teils vor Ort mitverfolgte. Herausgekommen ist dabei ein Werk, das in acht Kapiteln Überblicke über Geschichte, Wirtschaft, Kultur, Religion und Politik der arabischen Staaten liefert.

### Von der Protestbewegung zu Bürgerkriegen

Der „Arabische Frühling“ begann mit der Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Muhammad Albouazizi am 17. Dezember 2010. Pabst rekonstruiert zunächst die regionale Geschichte und zeigt dadurch deren Relevanz für heutige Entwicklungen. Der Autor kritisiert völlig zutreffend das orientalistische, rassistische Klischee nach „einem angeborenem Bedürfnis ‚des Arabers‘ nach Unordnung“, weswegen dieser angeblich „einen starken Führer“ benötigen würde (S. 12). Die Forderungen nach Freiheit und Würde hätten dies eindeutig widerlegt. Für Russland, China und „den Westen“ war das lange Fehlen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durchaus profitabel. Mit Libyens Diktator Gaddafi schloss beispielsweise Italien lukrative Abkommen. Nichtsdestotrotz seien autoritäre Herrschaftsstrukturen nicht monokausal erklärbar, die Bürgerkriege zudem keine „Religionskriege“.

Angefacht wurde die „Arabellion“ durch die Folgen des Klimawandels, Dürren, Misswirtschaft, Korruption und die Brutalität der Regimes. Insbesondere auf die ärmeren Länder wie Ägypten, Syrien und den Jemen sprang der tunesische Funke leicht über, anders als in den reichen Golfmonarchien. Schnell mussten Ben Ali (Tunesien) und Mubarak (Ägypten) zurücktreten. Die Bilder vom Tahrir-Platz hatten Strahlkraft. Bald mischten sich regionale Akteure wie Katar, Saudi-Arabien, die Türkei und Iran in verschiedene Staaten ein – mit unterschiedlichen Interessen.

Die Phase der Demokratie währte in Ägypten nur kurz. Bereits 2013 wurde die von der Muslimbruderschaft geführte Regierung unter Mursi von General

al-Sisi unterstützt durch Saudi-Arabien brutal gestürzt. In Libyen, Syrien und später im Jemen eskalierte die Revolte zu Bürger- und Stellvertreterkriegen. Iran wählte in Syrien eine „Verschwörung Israels“ am Werk und unterstützte das Assad-Regime, das von Anfang an auf Eskalation setzte. 2013 marschierte die schiitisch-islamistische Hizb Allah auf Seiten des Regimes in Syrien ein, aus dem Irak kam der IS und übernahm Territorien. Dass Obama nach einem Giftgasangriff 2013 nicht intervenierte, schwächte die gemäßigten Rebellen zunehmend zugunsten der Islamisten. In Syrien starben Hunderttausende, überwiegend Zivilisten.

Zeitweise konnten sich IS und al-Qa'ida in weiteren Staaten einnisten. Die USA setzten ab 2014 paradoxerweise auf die YPG (syrische PKK), mit der sowohl der IS bekämpft als auch Iran eingedämmt werden sollten. Russland intervenierte 2015 für Assad und verhinderte so dessen Sturz. Die Türkei griff primär auf Seiten der Rebellen ein, um die YPG zu bekämpfen. Auch im Jemen eskalierte ein brutaler Stellvertreterkrieg zwischen Iran, Saudi-Arabien und den VAE. In Libyen steht die Türkei seit 2020 auf Seiten der italienisch unterstützten Regierung dem von Russland und Frankreich unterstützten Warlord Haftar gegenüber.

### Islamische und islamistische Strömungen – Begriffskritik

Zahlreiche Menschen in arabischen Ländern hätten sich mitunter infolge einer Krise des traditionellen Islam vier Strömungen zugewandt: dem „charismatischen Islam“, dem „spirituellen Sufi-Islam“, dem „ultrakonservativen Salafi-Islam“ und dem „Politischen Islam“. Die Auswahl dieser Begriffe ist aus einer

islamwissenschaftlichen Perspektive nicht unproblematisch. Im Salafismus gibt es in dem christlich-evangelikalen Spektrum sehr ähnliche charismatische Prediger, weswegen „charismatischer Islam“ genauer elaboriert werden müsste. Der Sufismus wiederum ist überwiegend ein Teil des traditionellen Islam. Die Charakterisierung des Salafismus als „ultrakonservativ“ ist nicht ganz treffend, da es sich vielmehr um eine reformistische Bewegung handelt, die mit der sunnitischen Tradition radikal bricht. Salafisten agierten nach dem „Vorbild des Ur-Islam“, wobei dabei herausgestellt werden sollte, dass es sich hierbei nur um eine ideologische Fiktion handelt. Statt „Politischer Islam“ sollte „Islamismus“ verwendet werden, da dies den Unterschied zwischen Religion und Ideologie besser verdeutlicht.

### Die „Arabische Straße“ meldet sich zurück

Obwohl die Demonstrationen in zehn Jahren in den meisten Staaten von Gewalt und Restauration abgelöst wurden, sind sie nach wie vor nicht tot. Proteste zwangen den algerischen Präsidenten Bouteflika im April 2019 zum Rücktritt. Im Sudan konnte 2019 eine insbesondere durch Frauen angeführte Protestbewegung das islamistische Regime von Omar al-Bashir stürzen. Militär und Zivilgesellschaft ringen seither um Macht und Zugeständnisse. Der wirtschaftlich zerrüttete Libanon kommt nicht mehr zur Ruhe, auch im Irak kam es zwischenzeitlich zu Massenprotesten. Nach zehn Jahren haben sich die Lebensbedingungen der Menschen nicht verbessert.

In einigen Punkten hat Martin Pabst bereits Recht behalten: Im von Corona gebeutelten Tunesien wurden im Juli

2021 die durch die islamistische Nahda geführte Regierung und das Parlament durch Präsident Saied suspendiert, viele befürchten nun eine Rückkehr des Autoritarismus. Ein „Jihadismus der 4. Generation“ sei nicht unwahrscheinlich. Der IS setzt sich, wie von Pabst prognostiziert, insbesondere seit dem Sieg der Taliban im August 2021 wieder in Afghanistan fest. Der Transformationsprozess vor „unserer Haustür“ wird uns noch einige Jahre beschäftigen. Mit dem Buch von Martin Pabst lässt sich dies mit solidem Wissen jedoch viel besser verfolgen und einschätzen. Mit einem so fundiert ausgearbeiteten Überblickswerk über den „Arabischen Frühling“, das dabei über den „Tellerrand des arabischen Raumes“ hinausblickt, schließt Martin Pabst eine Lücke in der deutschsprachigen Fachliteratur.

FABIAN SCHMIDMEIER MA,  
ISLAMWISSENSCHAFTLER,  
[WWW.ABRAHAMICSTUDIES.COM](http://WWW.ABRAHAMICSTUDIES.COM),  
MÜNCHEN

Zierer, Klaus: Ein Jahr zum Vergessen. Freiburg im Breisgau: Herder-Verlag 2021, 128 Seiten, € 12,00.



„Noch ist es möglich, zu verhindern, dass die Bildungskatastrophe über uns hereinbricht. Deutschland kann als Kulturstaat noch erhalten bleiben. Dazu bedarf es aber einer entscheidenden Wendung.“ Angesichts der aktuellen pandemischen Situation, in der sich Schüler, Lehrer und Eltern befinden, möchte man diesem vorsichtig hoffnungsvollen Zitat zustimmen. Dabei zitiert Klaus Zierer in seinem Buch „Ein Jahr zum Vergessen“ keinen heutigen Pädagogen, sondern Georg Picht, der in den 1960er-Jahren vor einer Bildungskatastrophe warnte. Seine damaligen Kritikpunkte (Lehrermangel, zu wenige Abiturienten, Bildungsungerechtigkeit, Bürokratie) erscheinen aktueller denn je. Und die Coronakrise hat diese jahrzehntealten Kritikpunkte noch deutlicher werden lassen.

Der Autor kritisiert, dass in Deutschland von staatlicher Seite kaum bis gar nicht überprüft wird, wie sich Distanzunterricht und Schulschließungen auf die Leistungen der Schüler auswirken – Prüfungen werden stattdessen vereinfacht oder sogar ganz gestrichen. Als Forschungsgrundlage griff der Professor für Schulpädagogik der Universität Augsburg deshalb auf Daten auch aus

anderen Ländern zurück. Das Ergebnis: Besonders in der Primarstufe, aber auch in der Sekundarstufe konnten erhebliche Lernrückstände bei mathematischen und muttersprachlichen Kompetenzen festgestellt werden. Und: „Am meisten betroffen sind ethnische Minderheiten sowie einkommensschwache Familien. Die Coronapandemie wird dadurch im Bildungsbereich zu einem Treiber von Bildungsungerechtigkeit.“ (S. 29) Darüber hinaus hatte Social Distancing auch erhebliche soziale Auswirkungen: „Wer dafür plädiert, [Kinder, T. K.] wegzusperren und ihnen keine Möglichkeit der körperlichen Aktivität im Freien zu geben, der vergeht sich an ihrer psychischen, physischen und sozialen Gesundheit.“ (S. 36)

Zierer zitiert in seinem Buch Fakten aus einigen Studien, die wohl den meisten bildungspolitisch Interessierten bekannt sein dürften: Der Nutzen von freiwilligen Wiederholungsjahren ist gering, die Einbindung der Eltern im Schulalltag wichtig. Sommerschulen versprechen – insbesondere dann, wenn sie bedarfsgerecht und in Kleingruppen konzipiert sind – messbare Lernerfolge, Lehrern sollten bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeit zuteilwerden.

Interessanter erscheinen einige kontroversere Aspekte, die der Autor aufgreift. So fordert er, dass Lehrpläne verschlankt und die einzelnen Unterrichtsfächer zu einem sogenannten „Epochenunterricht“ verknüpft werden sollten. Aktuelle Herausforderungen wie etwa der Klimawandel könnten so aus biologischen, physikalischen, chemischen, geographischen, sozialen usw. Gesichtspunkten erörtert werden. Ebenfalls erfrischend sind Zierers Einschätzungen zum Thema Digitalisierung. Er plädiert dafür, Schulen so viel wie nötig, aber so

wenig wie möglich zu digitalisieren. Zwar böten technische Neuerungen auf verschiedenen Ebenen einen Mehrwert für Schüler. Als Heilsbringer versteht der Autor Tablets, Office-Tools et cetera aber nicht.

Viel wichtiger sei die Interaktion innerhalb der Schulfamilie, um Lerninhalte zu vermitteln. Wobei er auch hier den Rotstift ansetzen würde. Nach seinem Dafürhalten sollte nicht nur die Wissensvermittlung, sondern viel mehr als bisher auch die Charakterbildung in den Vordergrund treten. Er fordert deshalb „weniger PISA, mehr Bildung“ und konstatiert: „Ein Trachten nach steter Maximierung und Effektivitätssteigerung im Bildungssystem führt zu Verkürzung und Fehlentwicklungen.“ (S. 104)

Nicht nur um den Herausforderungen, die die Coronapandemie für Schüler, Eltern und Lehrer mit sich gebracht hat, beizukommen, sondern um die aktuelle „pädagogische Klimakrise“ (S. 116) in Deutschland zu bewältigen, nennt Zierer fünf Aspekte, die mehr Berücksichtigung finden sollten: Hinterfragung der Lerninhalte, mehr Emotionalität in den Schülern wecken, das Gemeinschaftsgefühl an Schulen und in Klassenverbänden stärken, Schülern mehr Gestaltungsräume bieten und besondere Momente des Gelingens schaffen, in denen Schüler das Gelernte tatsächlich anwenden können.

Auch wenn Zierers Forderung nach einem nationalen Bildungsrat inzwischen mit der Etablierung der Ständigen wissenschaftlichen Kommission (StäWiKo) der Kultusministerkonferenz umgesetzt ist, so ist seine abschließende Forderung in „Ein Jahr zum Vergessen“ unbedingt eine Überlegung wert: „Formuliert eine Bildungsagenda 2050 und sorgt für wirksame Schulent-

wicklung vor Ort, damit Kinder und Jugendliche Schule als einen Lebensraum erfahren können!“ (S. 123)

THOMAS M. KLOTZ,  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss (Hrsg.): **Das Humboldt Forum im Berliner Schloss**. München und andere: Prestel-Verlag 2020, 248 Seiten, € 49,00.



Zickendraht, Veronika: **Der Stoff, aus dem die Schlösser sind. Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses. Wie Wilhelm von Boddien eine verrückte Idee wahr machte**. Asslar: adeo-Verlag 2020, 160 Seiten, € 19,90.

Wer heute den Prachtboulevard „Unter den Linden“ vom Brandenburger Tor aus herunterfährt oder geht, stößt unweigerlich wieder auf jenen Bau, der ab 1443 für mehr als 500 Jahre die Berliner Mitte prägte: das Berliner Stadtschloss. Nach jahrelangen, zum Teil heftigsten Diskussionen, ab 2013 als moderner Bau mit rekonstruierten, durchweg spendenfinanzierten Barockfassaden und der markanten Kuppel, aber einem

modernen Innenleben wiederaufgebaut, firmiert es nunmehr als „Humboldt Forum im Berliner Schloss“ und stellt dabei das größte kulturpolitische Einzelprojekt des wiedervereinigten Deutschlands dar. Mit einer durch Corona bedingten doppelten Eröffnung, digital im Dezember 2020 und offiziell am 20. Juli 2021, steht es nun dem interessierten Museumspublikum offen.

Einst war das Schloss Sitz der brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Könige und deutschen Kaiser, wurde nach Kriegszerstörungen, die aber zu beheben gewesen wären, im Jahr 1950 aus rein ideologischen Gründen („Aufmarschplatz nach Moskauer Vorbild“) auf Beschluss der SED-Kommunisten gesprengt und sein früherer Standort ab 1973 mit dem „Palast der Republik“ („Erichs Lampenladen“) teilweise überbaut.

„Das Schloß lag nicht in Berlin – Berlin war das Schloß!“ So fasste es 1992 der renommierte Publizist und Verleger Wolf Jobst Siedler die Bedeutung des vor seiner Zerstörung größten barocken Gebäudes nördlich der Alpen treffend zusammen. Doch obgleich DDR-Ministerpräsident Otto Grothwohl nach dem in Fachkreisen heftig umstrittenen Sprengbeschluss einst kulturbanauserisch meinte, dass „jetzt alle schreien“, jedoch kein Hahn mehr danach krähen werde, wenn das Schloss erst einmal beseitigt sei (und für fast 40 Jahre traf dies für eine breite Öffentlichkeit auch zu), kam es direkt nach der Wiedervereinigung zu ersten Überlegungen bezüglich der Neudefinition der Mitte Berlins beziehungsweise einer möglichen Rekonstruktion des Berliner Schlosses, die durch die asbestbedingte Schließung des „Palasts der Republik“ zusätzlichen Auftrieb erhielten. Schnell

zeigte sich, dass es nicht nur um ein beliebiges, zerstörtes historisches Gebäude in Berlin ging, sondern auch um den Umgang mit der deutschen Geschichte beziehungsweise dem stadtbaukünstlerischen Erbe im Herzen der Hauptstadt.

Heftige und jahrelange sowie zum Teil polemisch geführte Diskussionen folgten. Eine Internationale Expertenkommission Historische Mitte, die zwischen 2000 und 2002 über den Umgang mit diesem Ort beriet und letztlich einen Bau mit barocken Fassaden empfahl, sowie ein Bundestagsbeschluss im Juli 2002 mit einer fast Zweidrittelmehrheit, der Abriss des Palastes der Republik zwischen 2006 und 2008 und ein Architekturwettbewerb 2008 ebneten schließlich den Weg dafür, dass heute das neue / alte Schloss wieder städtebaulich und räumlich erfahrbar ist.

Zwei neu erschienene Bücher widmen sich diesem Thema, die sich in Konzeption und Schwerpunktsetzung unterscheiden. Das erste hier vorzustellende Werk „Das Humboldt Forum im Berliner Schloss“, herausgegeben von der gleichnamigen Stiftung, stellt diese neue Kulturinstitution vor, die man getrost auch als „deutschen Louvre“ im Zusammenspiel mit der Museumsinsel, dessen Museen und Sammlungen ihren Ursprung im früheren Schloss haben, bezeichnen kann. Mit Beiträgen von Akteuren der „ersten Stunde“ (so zum Beispiel von „Schlossinitiator“ Wilhelm von Boddien) wird die konzeptionelle, aber vor allem die architektonische Entstehungsgeschichte des „Humboldt Forum“ lebendig.

Auch die Bespielung durch die Stiftung, die Staatlichen Museen mit den Sammlungen der außereuropäischen Kunst mit seinen über 500.000 Artefakten, das Stadtmuseum Berlin sowie die

Humboldt-Universität Berlin thematisiert dieses Werk, wobei sich zeigt, wie Kulturvermittlung im Sinne eines Erlebens und Begegnens in Form von Ausstellungen, Veranstaltungen, digitalen Bildungsangeboten im 21. Jahrhundert verstanden wird und wie sich das zukünftig weiter entwickeln soll.

Insgesamt erfährt der Leser in diesem opulenten, mit vielen Bildern ausgestatteten Buch vor allem eine Menge über die Geschichte des Berliner Schlosses, über die Debatte des Wiederaufbaus, die architektonische Bedeutung des Schlosses gerade für das städtebauliche Umfeld in der Mitte Berlins oder die minutiöse Wiederherstellung der barocken Fassaden.

Das zweite Buch, verfasst von der Autorin Veronika Zickendraht, widmet sich in der Hauptsache dem langen und steinigen Weg, den der Landmaschinenhändler von Boddien und seine Mitstreiter seit 1990 gegangen sind, um die Rekonstruktion wenigstens der barocken Fassaden, des künstlerisch unvergleichlichen Schlüterhofes und der Kuppel als markantem Sichtpunkt zu realisieren: „Der Stoff, aus dem die Schlösser sind“.

Von einem anfangs fiktiven Schloss am originalen Standort in Form eines 1:1-Modells mit Plastikplanen, auf denen die Barockfassaden aufgemalt waren (1993), einem immer wieder aktualisierten „Berliner Extrablatt“ zur Schlossgeschichte und Schlossbedeutung sowie dem Stand der Diskussion bis hin zu unzähligen Vorträgen oder Abendveranstaltungen weltweit, um für das Schloss zu werben und Spendengelder zu akquirieren, reichte der Aktivitätsradius von Boddien und vieler Schlossbegeisterter.

Und was musste vor allem von Boddien, der sich seit den 1960er-Jahren auf sehr intensive Weise mit dem Schloss be-

schäftigt hatte – seine Frau schildert auf unterhaltsame Weise in dem Buch, wie sich das Esszimmer im Laufe der Jahre immer mehr zum Schloss-Archiv verwandelte –, über sich ergehen lassen bzw. lesen: Vom „Schlossgespenst“ war da die Rede oder vom „Chef der Schlossfälscherbande“ – alles perlte an ihm ab. Auch ließ er sich in seinem Drängen, Entscheidungen pro Schloss herbeizuführen, nicht beirren, als seine Firma 2004 insolvent ging.

Selbst als Schlossgegner (und die gab es, auch prominente, zuhauf!) ihm im Herbst 2008 unterstellten, mit Hilfe des Fördervereins Berliner Schloss, der bis heute über 105 Millionen Euro Spendengelder für die Rekonstruktion der Fassaden, Portale und Skulpturen gesammelt hat und noch sammelt, Geldwäsche zu betreiben, blieb er „hanseatisch cool“. Der Verdacht bestätigte sich auch nach den Untersuchungen der Staatsanwaltschaft nicht und blieb letztlich nur eine diskreditierende Kampagne – für die Familie aber keine einfache Zeit.

Zickendraht hat in der Tat ein flott zu lesendes Buch verfasst, dessen Erzählung durch Einflechtung von Zitaten aus Gesprächen mit Wegbegleitern, Familie und von Boddien selbst auf lebendige Weise dieses visionäre, bürgerschaftliche Engagement über einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren hervortreten lässt. Zweifelsohne bildet es auch einen Gegenpol zur Aussage eines früheren Bundeskanzlers, der einst einmal sagte, wer Visionen habe, solle zum Arzt gehen. Die Vision, die von Boddien hatte und wovon er träumte, kann nun jeder in der Mitte Berlins selbst erleben.

ALEXANDER KROPP M. A.,  
MÜNCHEN

Springer, Philipp: **Der Blick der Staatssicherheit. Fotografien aus dem Archiv des MfS. Dresden: Sandstein Verlag 2020, 327 Seiten, € 29,00.**



Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) steht für das SED-Unrechtsregime wie keine andere Behörde oder Einrichtung der DDR. Der im Volksmund „Stasi“ oder „Horch und Guck“ genannten Geheimpolizei arbeiteten im In- und Ausland (Stand Oktober 1989) rund 91.000 hauptamtliche und über mehrere Jahrzehnte hinweg insgesamt rund 624.000 inoffizielle Mitarbeiter (IM) zu. Das MfS war Inlands- und Auslandsgeheimdienst. Es hatte anders als etwa das Bundesamt für Verfassungsschutz oder der Bundesnachrichtendienst auch polizeiliche Befugnisse und unterhielt eigene Untersuchungsgefängnisse. Seinem Selbstverständnis nach war das MfS „Schild und Schwert“ der herrschenden SED. Unter der Führung Erich Mielkes unterdrückte die Staatssicherheit jegliche oppositionelle Regung. Schon kleinste Unmutsäußerungen konnten zu Repressionen, z. B. in der Schule oder am Arbeitsplatz, führen. Alle staatlichen Stellen, auch die Staatsanwaltschaften und die Gerichte, arbeiteten mit dem MfS Hand in Hand.

Die noch vorhandenen Unterlagen des MfS umfassen viele Regalkilometer. Sie werden fortlaufend ausgewertet und erforscht. In den Akten finden sich auch viele Fotos. Philipp Springer, promo-

vierter Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stasi-Unterlagen-Archivs (jetzt im Bundesarchiv) und exzellenter Kenner der DDR-Geschichte, hat die umfangreichen Bildbestände gesichtet und 335 exemplarische Fotos herausgesucht. Sie dokumentieren den „Blick der Staatssicherheit“ auf sich selbst, auf die DDR, ihre Bürger und auf die als Feindesland und „Operationsgebiet“ angesehene Bundesrepublik mit West-Berlin. Einer Einleitung mit Erläuterungen zu den „operativen Fotografien“ (S. 6 ff.) folgen sieben thematische, sich angesichts der Rolle des MfS aber auch überlappende Abschnitte.

Der erste stellt unter der Überschrift „Innenansichten“ den Arbeitsalltag, die Freizeit und das Selbstbild der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS dar (S. 33 ff.). Hier werden „typische“ Fotos aus Personalakten ebenso gezeigt wie Aufnahmen von Verabschiedungen oder Geburtstagsfeiern. Das Selbstbild der „Tschekisten“ als konspirativ agierende, aber mit hoher Bedeutung versehene Truppe, die sogar auf die Fußballtabelle zugunsten des Mielke-Klubs BFC Dynamo Berlin Einfluss nahm, wird auf mehreren von ihnen deutlich. Zugleich sind die Grundeinstellung, dass überall Feinde und Gefahren für die DDR lauerten und zu bekämpfen seien, sowie ein kleingeistig-spießbürgerliches Gebilde in diesem und den nächsten Abschnitten durchgängig erkennbar. Das zeigt sich naturgemäß im zweiten Abschnitt (S. 103 ff.), der den „heimlichen Blick“ bei den häufigen Observationen dokumentiert. Menschen wurden verdeckt, zum Beispiel mithilfe einer Kamera, die in einem falschen Gipsarm versteckt war, abgelichtet (S. 124 f.).

Unter der Überschrift „Grenzräume“ finden sich Bilder von Flucht und

## JAHRESÜBERSICHT DER POLITISCHEN STUDIEN 2021

- Heft 495** Corona verändert die Gesellschaft
- Heft 496** Ein Comeback für den Multilateralismus?
- Heft 497** Bundestagswahl 2021 – Wie geht es weiter?
- Heft 498** 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland
- Heft 499** Nachhaltige Verantwortung weltweit
- Heft 500** Jubiläumsausgabe

Autor	Titel	Heft	Seite
Austermann, Philipp	Zur Debatte um ein Paritätsgesetz	498	52
Balleis, Siegfried	Das Projekt Gaia-X	495	44
Baron, Udo	Linke Identitätspolitik und offene Gesellschaft	498	60
Bausback, Winfried	Trump-Anhänger und Querdenker	496	44
von Bayern, Ludwig Prinz	Politische-Studien-Zeitgespräch: Mit Trachtenhut und Laptop in Kenia	499	6
Beer, Lara	Nachhaltige Waldbewirtschaftung in Namibia	499	32

Grenze (S. 155 ff.). Das MfS wollte mit solchen Fotos mögliche Schwachstellen der Grenzanlagen beheben. Das Risiko eines Fluchtversuchs war für die DDR-Bürger, vor allem wegen des Schießbefehls der Grenzer, enorm. In Philipp Springers Band finden sich eindrückliche Beispiele für geglückte „Republikflucht“ (wie der offizielle Begriff lautete), aber auch für gescheiterte Fluchtversuche. Das MfS begnügte sich in seinem Freund-Feind-Denken nicht damit, die Fluchtwilligen zu verfolgen. Es zwang Personen, die an der Flucht gehindert worden waren, sogar dazu, an der fotografischen Dokumentation ihres Fluchtversuchs mitzuwirken, selbst wenn deren kleines Kind während der versuchten Flucht gestorben war (S. 170 f.).

Wie die DDR als solche durch das MfS fotografiert wurde und wie Protest und abweichendes Verhalten aussahen, belegen der vierte („Einsichten“, S. 189 ff.) und der fünfte Abschnitt („Feind-Bilder“, S. 241 ff.). Im vierten Abschnitt finden sich interessante Bilder des nicht realisierten PKW-Modells „Trabant 610“ (S. 204 f.) und des Verfalls der Altbausubstanz in Pegau (S. 236 f.). Sogar kleinere Schäden an LPGs wurden teilweise als vorsätzliche Schädigung der Volkswirtschaft und nicht etwa als Ausdruck der verfehlten Planwirtschaft angesehen. An „Feinden“ fehlte es im Weltbild der SED und ihres MfS nicht. Bereits die Beschädigung eines Ulbricht-Fotos in einer Kneipe (S. 244 f.) oder die Verzierung eines Honecker-Bildes mit einem länglichen Schnurrbart (S. 264 f.) führten zu Ermittlungen und – wenn man der „Täter“ habhaft wurde – zu Gefängnisstrafen.

Fotos aus dem „Operationsgebiet“ (S. 275 ff.), etwa eines Kriegsschiffs, von militärisch genutzten Hafenanlagen

oder Gebäuden und Straßen in West-Berlin, gehörten selbstverständlich auch zum Foto-Repertoire des MfS. Am Schluss des Bandes sind „Verbotene Bilder“ abgedruckt (S. 295 ff.), also Fotos, die von Bürgern aufgenommen wurden, deren Inhalt aber dem MfS missfiel. Wer ein Gespür dafür bekommen will, was das MfS war, sollte Philipp Springers Band studieren.

PROF. DR. PHILIPP AUSTERMANN,  
BRÜHL

Autor	Titel	Heft	Seite
Bergsdorf, Harald	60 Jahre Mauerbau	498	44
Binder, Klaus Georg	Mit Kreislaufwirtschaft gegen die Müllberge	499	40
Breit-Keßler, Susanne	Wir gratulieren ... 500 Ausgaben Politische Studien	500	31
Buchta, Wilfried	Konturen der Innen- und Außenpolitik Irans	499	48
Christ, Michael	Ehrenamt in Zeiten von Corona	497	64
von Doderer, Clemens	Nachhaltige Waldbewirtschaftung in Namibia	499	32
Fahrenholz, Peter	Zwischen Fake News und Hassbotschaften	500	35
Fellner, Erwin	Die Mehrheit entscheidet – wie lange noch?	496	52
Ferber, Markus	Chancen, Risiken und Herausforderungen für Europas Rolle in der Welt	496	28
Markus Ferber	500 Ausgaben Politische Studien	500	28
Fürbeth, Barbara	Editorial: Freude und Dankbarkeit	500	3
Geltinger, Lisa-Marie	Wir gratulieren ... 500 Ausgaben Politische Studien	500	32
Graßl, Michael	Der kommunikative Schaukelstuhl der Zukunft	495	53
Hajduk Julian	Lasst uns reden	495	35
Hausner, Verena	Corona verändert die Gesellschaft	495	14
Hausner, Verena	Editorial: Wieder an einem Strang ziehen	496	3
Hausner, Verena	Editorial: Nachhaltig handeln	499	3

Autor	Titel	Heft	Seite
Hausner, Verena	Nachhaltige Verantwortung weltweit	499	11
Herrmann, Florian	Politische-Studien-Zeitgespräch: „Sparringspartner“ in der Politik	500	6
Hildmann, Philipp W.	1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland	498	16
Hirscher, Gerhard	Editorial: Wahlen im Krisenmodus	497	3
Hirscher, Gerhard	Wie geht es weiter?	497	13
Hirscher, Gerhard	Wechselstimmung und dynamische Volatilität	500	41
Höntzsch, Frauke	Politische-Studien-Zeitgespräch: Demokratie in Gefahr?	497	6
Hofmann, Josephine	Home Office für alle?	495	27
Hohlmeier, Monika	Die EU verteidigt ihre grundlegenden Werte und rechtsstaatlichen Prinzipien	497	44
Hornberger, Susanne	Editorial: Zustände, die aufrütteln müssen	498	3
Jesse, Eckhard	Die Stärke der AfD und der Partei Die Linke	497	26
Knopf, Julia	Wir gratulieren ... 500 Ausgaben Politische Studien	500	34
Korte, Karl-Rudolf	Wähler und Parteien im Superwahljahr 2021	497	17
Löw, Andrea	Schatten auf dem Jubiläum	498	36
Marx, Reinhard Kardinal	Wir gratulieren ... 500 Ausgaben Politische Studien	500	30
Meidinger, Heinz-Peter	Politische-Studien-Zeitgespräch: Macht eure Hausaufgaben ...	498	6

Autor	Titel	Heft	Seite
Müller, Stefan	Der Bundestagswahlkampf im Zeitalter der Transformation	497	37
Obermeier, Julia	Natürliche Botschafter	499	25
Oberreuter, Heinrich	Wir gratulieren ... 500 Ausgaben Politische Studien	500	33
Pinker, Alexander	Arbeitswelt 4.0	500	50
Reiner, Thomas	Editorial: Wie der Ausnahmezustand quasi zum Normalzustand wurde	495	3
Rotter, Andrea	Ein Comeback für den Multilateralismus?	496	14
Ruckriegel, Karlheinz	Sind Sie glücklich?	499	57
Schmid, Sarah	Zur Debatte um ein Paritätsgesetz	498	52
von Schnurbein, Katharina	EU-Strategien gegen Antisemitismus	498	28
Schreyer, Kerstin	Wir gratulieren ... 500 Ausgaben Politische Studien	500	29
Schützeneder, Jonas	Der kommunikative Schaukelstuhl der Zukunft	495	53
Seidenath, Bernhard	Privat wie politisch: Gesundheit ist das Wichtigste	495	18
Seliger, Bernhard	Naturschutzprojekte auf der koreanischen Halbinsel	499	16
Söder, Markus	Politische-Studien-Zeitgespräch: Gelassen sein, nachdenken und dann das Richtige tun	495	6
Söder, Markus	Wir gratulieren ... 500 Ausgaben Politische Studien	500	28

Autor	Titel	Heft	Seite
Spyra, Gerald	Politische-Studien-Zeitgespräch: Brauchen wir mehr oder weniger Datenschutz?	496	6
Thielges, Sonja	„Multidimensionale“ Klima-Clubs	496	36
Ullrich, Volker	Der Anschlag am Berliner Breitscheidplatz	497	54
Unger, Charlotte	„Multidimensionale“ Klima-Clubs	496	36
Varwick, Johannes	Die Vereinten Nationen	496	19
Winkelmann, Thorsten	Die Mehrheit entscheidet – wie lange noch?	496	52
Zadoff, Mirjam	Erinnerung in einer Gesellschaft der Vielen	498	20
Zowislo-Grünewald, Natascha	Lasst uns reden	495	35

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet [www.hss.de/publikationen/](http://www.hss.de/publikationen/) bestellt werden:



**AKTUELLE ANALYSEN 89**  
**Über Entwicklungshilfe hinaus**  
 Die EU-Strategie mit Afrika zum Nutzen für Afrika  
 (in Deutsch und Englisch)



**AKTUELLE ANALYSEN 88**  
**Kinderschutz stärken**  
 Prävention und Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch



**AKTUELLE ANALYSEN 87**  
**Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und Bundestagswahl**  
 Untersuchungsbericht



**ARGUMENTATION KOMPAKT 5/2021**  
**Sicherheitspolitische Herausforderungen in der Arktis**  
 Handlungsempfehlungen für Deutschland und seine Verbündeten



**WELTWANDEL**  
 Neuausrichtung der internationalen Beziehung, hrsg. von Markus Ferber, Reinbek: Lau-Verlag, 2021, ISBN 978-3-95768-229-1  
 (über den Buchhandel erhältlich)

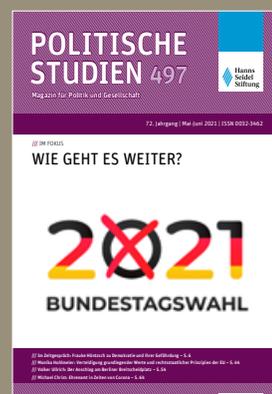
**VORSCHAU**

**POLITISCHE STUDIEN**

Nr. 501 „Europas Zukunftskonferenz“ mit Beiträgen von Cosima Baron, Renke Deckarm, Christian Doleschal, Markus Ferber und Sarah Schmid

# POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



# BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	PS 499: Nachhaltige Verantwortung weltweit
	PS 498: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland
	PS 497: Bundestagswahl 2021
	PS 496: Ein Comeback für den Multilateralismus?
	PS 495: Corona verändert die Gesellschaft
	PS 494: Welche Bildung brauchen wir?

Ich möchte die „Politischen Studien“ (PS) im Abonnement.

**Hanns-Seidel-Stiftung**  
Referat „Publikationen“  
Lazarettstr. 33  
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-469

Ihre Adresse bitte lesbar  
in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse  
(falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

**Herausgeber:**

© 2021, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdB  
Generalsekretär: Oliver Jörg  
V.i.S.d.P.: Susanne Hornberger

**Redaktion:**

Barbara Fürbeth  
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

**Graphik:** trurnit GmbH | trurnit Publishers

**Druck:** Kern GmbH, Bexbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückschickt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:  
iStock.com/Demkat